

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

72 (25.3.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 30, Ruf Nr. 509 33, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-41, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 98, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 1,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 72

Samstag, 25. März 1950

Preis 15 Pfg.



## Eine Regierung der Würdelosigkeit

Etatrede Fritz Risches im Bundestag: Die wahre Regierung sitzt nicht in Bonn, sondern ist die Ruhrbehörde in Düsseldorf Ihre Politik ist die der Kolonisierung und des Niedergangs Westdeutschlands — Keinen Pfennig dem Marshallplan-Ministerium!

Bonn. (EB) „Heute morgen erlebten wir die ganze Würdelosigkeit dieser Regierung. Ich muß darauf verweisen, daß das hohe Haus den Beschluß fassen mußte, den verantwortlichen Bundesminister für die Angelegenheiten des Marshallplans aus einer Sitzung der Ruhrbehörde in Düsseldorf nach Bonn zu zitieren. Die wahre Regierung für Westdeutschland — das hat sich heute morgen erwiesen — sitzt nicht hier auf dieser Regierungsbank, sondern sie sitzt in Düsseldorf. Es ist die Ruhrbehörde.“ Diese, die Adenauer-Regierung treffend charakterisierenden Worte stellte Fritz Rische, der Sprecher der kommunistischen Fraktion im Bundestag, bei der Debatte um den Haushalt des Marshallplanministeriums fest. Er wurde für diese Feststellung zweimal durch den Präsidenten mit einem Ordnungsruf bedacht, womit aber die von Fritz Rische ausgesprochenen Wahrheiten nicht aus der Welt geschafft sind, woran auch die Pfui- und Schmährufe der Regierungsparteien nichts ändern.

Es findet dies seinen Ausdruck in der Politik der verbrannten Erde, in der Politik der Zerstörung und Demontagen deutscher Wirtschaftsanlagen an den verschiedensten Punkten Westdeutschlands. Diese Politik findet ihren Ausdruck auch in der nach wie vor erzwungenen Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Ruhrgebiet und in der Unmasse von Exportbehinderungen, die für Westdeutschland im Zeichen des Marshallplans nach wie vor Geltung haben.

Fritz Rische führte weiter aus, daß die Vorlage des Haushalts des Marshallplan-Ministeriums mit aller Deutlichkeit zeigt, daß die Bundesregierung in Westdeutschland in ihren Entscheidungen und Entschlüssen nicht nach deutschen Gesichtspunkten, sondern weitgehend unter Druck ausländischer Mächte und der Hohen Kommission handeln muß. Bei der Bildung des Bundesministeriums für den Marshallplan

wurde darauf verwiesen, daß es aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit geschaffen werden müsse. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion erklärte dagegen, daß dieses Ministerium neben den Aufgaben der Wirtschaftspolitik noch sehr wichtige außenpolitische Funktionen wahrnehmen müsse. Wir Kommunisten können nun gar nicht einsehen, worin gerade diese außenpolitischen Funktionen des Marshallplan-Ministeriums in Wirklichkeit bestehen sollen. Ist es doch eine Tatsache, daß alles das, was wir im Rahmen des Marshallplans in Westdeutschland durchführen bzw. hinnehmen müssen, auf Befehl von Mr. Hoffmann in Paris geschieht und dieser diktiert in allen Fragen der deutschen Wirtschaft seinen amerikanischen Standpunkt, den Standpunkt der amerikanischen Monopole. Wir Kommunisten stellen darum fest — und die wirtschaftliche Entwicklung beweist es uns — daß wir heute keine unabhängige Wirtschaftspolitik mit all ihren Folgen hinnehmen müssen. Das Ministerium für Angelegenheiten des Marshallplans wurde auf Wunsch der Amerikaner gebildet, um die

„Im Verlaufe dieser Marshallplanpolitik und mit Hilfe des Marshallplan-Ministeriums in Westdeutschland wurde die amerikanische Krise mit all ihren Folgen nach den Westzonen gebracht.“ betonte Fritz Rische Er machte darauf aufmerksam, daß der Schreckensruf „1952“ gerade auch im Bundestag schon so oft zu hören war, daß im Jahre 1952 die angeblichen Hilfsbeiträge über den großen Teich nicht mehr fließen und daß dann die deutsche Wirtschaft nur noch das verzehren kann, was sie selbst erarbeitet. Es sei interessant zu verfolgen, mit welchen Methoden die Regierung ihre Politik der Verlängerung des Marshallplans, der sogenannten Hilfsleistung aus den USA betreibt. Fritz Rische führte dann die verschiedenen Dokumente und Memoranden der Bundesregierung an, in denen das Gespenst des wirtschaftlichen Niederganges in aller Kraßheit an die Wand gemalt wird. In ihnen sagt man der Weltöffentlichkeit, daß

es der Adenauer-Regierung nach 1952, wenn die sogenannte Amerikalhilfe nicht mehr fließt, nicht mehr möglich sein wird, überhaupt noch eine Wirtschaftspolitik zu führen. „Wir verstehen Ihre Sorgen.“ wandte sich Fritz Rische an die Abgeordneten, „denn wir wissen ganz genau, daß das Jahr 1952 letzten Endes nichts anderes ist als das Jahr der Zahlung der Zinsrate der Marshallplan-Politik, die das deutsche Volk dann zu tragen haben wird.“

### Barrikadenkampf in Süditalien

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens „Unita“ hatte in ihrem Leitartikel über den erfolgreichen Generalstreik der italienischen Arbeiter gegen den Terror de Gasperi vorausgesagt, daß dem italienischen Volk und der Arbeiterbewegung weitere harte und schwierige Etappen des Kampfes bevorstehen. Daß aus Anlaß eines Polizeiberalles sofort nach Abschluß des ganz Italien umfassenden 12stündigen Streiks in Parma erneut ein 24stündiger Generalstreik durchgeführt werden mußte, bestätigte dies. Ebenso, daß gestern in San Severo streikende Arbeiter sich in einer Straßenschlacht gegen die Polizei zur Wehr setzen mußte. Vorausgegangen waren Übergriffe von Polizisten gegen die Streikenden, die daraufhin diese entwaffneten. Gegen die dann aus Foggia herbeigerufenen, nach Tausenden zählenden Polizisten und Truppen, verteidigten sich die Einwohner San Severos auf Barrikaden. An der Seite der Männer standen in diesem bewaffneten Kampf deren Frauen. Auch in übrigen Orten der apulischen Provinz kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei kann trotz Panzerwagen und selbst des Heeresinsatzes unter Verwendung von Artillerie den landhungrigen Bauern und Arbeitern das Recht auf die Straße nicht streitig machen.

### Amerikanische Krise nach Westdeutschland gebracht

„Im Verlaufe dieser Marshallplanpolitik und mit Hilfe des Marshallplan-Ministeriums in Westdeutschland wurde die amerikanische Krise mit all ihren Folgen nach den Westzonen gebracht.“ betonte Fritz Rische Er machte darauf aufmerksam, daß der Schreckensruf „1952“ gerade auch im Bundestag schon so oft zu hören war, daß im Jahre 1952 die angeblichen Hilfsbeiträge über den großen Teich nicht mehr fließen und daß dann die deutsche Wirtschaft nur noch das verzehren kann, was sie selbst erarbeitet. Es sei interessant zu verfolgen, mit welchen Methoden die Regierung ihre Politik der Verlängerung des Marshallplans, der sogenannten Hilfsleistung aus den USA betreibt. Fritz Rische führte dann die verschiedenen Dokumente und Memoranden der Bundesregierung an, in denen das Gespenst des wirtschaftlichen Niederganges in aller Kraßheit an die Wand gemalt wird. In ihnen sagt man der Weltöffentlichkeit, daß

### Liberalisierung — Wirtschaftskolonialisierung

Fritz Rische setzte sich dann mit der sogenannten Liberalisierung der Wirtschaft auseinander, die von Herrn Marshallplanminister Blücher so begeistert durchgeführt wird. „Wir Kommunisten möchten einmal klarstellen, daß dieses Wort „Liberalisierung“ (Fortsetzung auf Seite 2)

### „Dixmuide“ auch in Tunis nicht entladen

Tunis. (EB) Nachdem die französische Regierung in keiner ihrer Hafenstädte die Kriegsfracht der „Dixmuide“ aus Amerika ausgeladen bekommt, hat sie diese nach Nordafrika dirigiert. In Tunis sollten die 48 amerikanischen Kampf- und Jagdflugzeuge des französischen Flugzeugmutterlandes auf Land gebracht werden. Die tunesische Bevölkerung ist dem Beispiel der Friedensfreunde des französischen Mutterlandes nicht nachgestanden. Als die „Dixmuide“ eintreffen sollte, kam es im Hafen von Tunis, sowie vor der französischen Generalresidenz zu großen Demonstrationen und Protestkundgebungen. Die Dockarbeiter traten sofort gegen die amerikanischen Waffenlieferungen in den Streik. Der Friedenskampf fand in

### Neuer Immunitätsbruch durch Besatzungsmacht

Osnabrück. (EB) In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag gegen ein Uhr wurde der Landtagsabgeordnete und Sekretär der KPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Ludwig Landwehr, von englischen Polizeibeamten, die von dem deutschen Kriminalbeamten Hartung aus Osnabrück begleitet waren, verhaftet und verschleppt. Da das Öffnen der Tür nicht sofort geschah, versuchten sie durch Anwendung von Gewalt die Tür aufzubrechen. Ohne einen schriftlichen Haftbefehl vorweisen zu können, ohne Angabe, wer ihnen den Auftrag erteilt habe, erklärten sie, Ludwig Landwehr verhaften zu müssen. Auf den nachdrücklichen Hinweis des Landtagsabgeordneten, daß er Immunität genieße, erklärten die Polizisten höhnisch: „Die Immunität ist für uns einen Dreck wert.“

### An den Landeskommissar Brigadier Lingham, Hannover

Die zentrale Verteidigungskomitee im Demontagestop-Prozess für Hannover protestiert mit aller Schärfe gegen einen erneuten Immunitätsbruch durch die britischen Behörden. Am 23. 3. 1950 wurde gegen 1.30 Uhr der Abgeordnete des niedersächsischen Landtags, Ludwig Landwehr, in seiner Wohnung in Osnabrück, ohne Angabe von Gründen und ohne Vorliegen eines Haftbefehls

### USA haben sich „auf das ethische Niveau von Barbaren begeben“

Der frühere amerikanische Botschafter bei der Vichy-Regierung Admiral Leahy, veröffentlichte in den USA ein Buch, in dem er seiner Überzeugung darüber Ausdruck gab, daß die Anwendung der Atombombe im Krieg gegen Japan nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sei, da Japan schon vorher besieg war. Dadurch, daß die USA als erstes Land die Atombombe zum Einsatz brachten, schreibt Leahy, „haben wir uns auf das ethische Niveau von Barbaren begeben.“

### Im Streiflicht gesehen

**Superflugzeug abgestürzt**  
New York. Ein amerikanischer Langstrecken-Superbomber vom Typ B 50 ist mit einer 14köpfigen Besatzung im Staate Arizona aus 5000 Meter Höhe abgestürzt. Zwölf Besatzungsmitglieder sollen ums Leben gekommen sein. Augenzeugen erklärten, das Riesengerät sei „wie eine Bombe“ auseinandergefallen. Die Trümmer der Maschine wurden weit zerstreut. (Nach Reuter)

**Die Marshallstäbe Soult und Neys gestohlen**  
Cateau. Einbrecher erbeuteten die goldenen Marshallstäbe der beiden Marschälle Napoleons Soult und Ney, die in einem Schloß bei Cateau (Nordwestfrankreich) aufbewahrt wurden. (Nach Reuter)

**Gefährlicher Maskenball des UNO-Personals**  
Genf. Beinahe wäre ein für Donnerstagsabend geplanter Ball des Genfer UNO-Personals von der Polizei verboten worden. Die Behörden hatten nämlich herausgefunden, daß es ein Maskenball werden sollte. Daraufhin teilte man dem Organisationskomitee der Veranstaltung folgendes mit:  
1. sei es gesetzwidrig, maskiert die Straßen der Stadt zu betreten, und  
2. habe der Präsident des Treuhänderschaftrates, Roger Garreau kürzlich von der Terrororganisation der Palästina-Araber in Ägypten einen Drohbrief erhalten. Daher könnte ein Maskenball Gelegenheit zu unerwünschter Tarnung bieten. Die Veranstalter des Balles beschlossenen, daraufhin einzugehen, das Fest unmaskiert abzuhalten. (Nach Reuter)

**Auch in England Flugzeugabsturz**  
Aylesbury (Buckinghamshire) Eine RAF-Maschine vom Typ Anson stürzte in der Nähe von Aesbury (Buckinghamshire) ab und verbrannte. Alle sechs Insassen kamen ums Leben. (Nach Reuter)

**Köln Autospringer-Prozess begann**  
Köln. Nach einmonatiger Vorbereitung begann vor dem Kölner Landgericht ein Prozeß gegen 35 Personen, die nach der Währungsreform als Autospringer-Bande das Gebiet östlich Kölns bis in den Westerwald durch Diebstähle unsicher machten.  
Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Bande Fernlastwagen mit schnellen Fahrzeugen verfolgten, während der Fahrt auf sie übersprangen, die Deckenplane zerschnitten und dann die teilweise wertvollen Industriegüter abwarfen. Die Ladungen wurden von nachfolgenden Wagen in Sicherheit gebracht. Die Angeklagten sind größtenteils noch sehr jung, einige gerade erst 21 Jahre alt. Der Prozeß wird voraussichtlich 14 Tage dauern. 100 Zeugen sollen geladen werden.

**Gestellte Automarder**  
Berlin. Durch überraschend schnellen Zugriff gelang es der Berliner Kriminalpolizei, sieben Autodiebe festzunehmen, die am Punktum, in Neukölln und am Kurfürstendamm laufend Autos (meistens Opel-Olympia) stahlen. Die Wagen unfrisierten und mit neuen Fabriknummern versehen.

### Westdeutschland ist kein Rechtsstaat!

Hermann Nuding fordert Absetzbarkeit der Richter Zu den Regierungsparteien: „Ihnen ist nur das Recht, was Ihnen nützt!“

Bonn. (Eig. Ber.) In der Debatte um den Haushalt des Justizministers nahm der kommunistische Abgeordnete Hermann Nuding das Wort. Er erklärte, daß man dem Volk schlecht zumuten könne, zu einer Justiz Vertrauen zu haben, deren höchste Beamte über 85 Prozent im Namen der Weimarer Verfassung, im Namen des Führers Recht sprachen und die es jetzt im Namen des Volkes nach dem Bonner Grundgesetz tun. Obwohl die Bonner Parteien immer die westlichen Demokratien zu ihrem Vorbild nehmen, sei ihnen aber doch noch nicht eingefallen, die Wahlbarkeit des Richters, die in vielen dieser Staaten üblich ist, einzuführen. Wenn ein Richter Recht spricht, dann müsse er auch vom Volke abgesetzt werden können.

### Wäre das deutsche Volk Zeuge...

Bonn. (EB) „Ich wünsche nur, daß ganze deutsche Volk Zeuge der Vorgänge im Bundestag!“ Dies rief der Fraktionsvorsitzende der CDU-CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. von Brentano, aus. Und wir können ihm nur beipflichten, denn was sich heute in Bonn und während des ganzen Bestehens dieses westdeutschen Bundestages abspielt, würde dem ganzen deutschen Volk begrifflich machen, daß von diesem Separatstaat, diesem Parlament und dieser Regierung nichts zu erwarten ist, was den Interessen des deutschen Volkes dient. Was in Bonn vorgeht, ist eine Schande für das ganze deutsche Volk und muß ein Ansporn für alle Patrioten sein, diesem den Ruf des deutschen Volkes gefährdenden Treiben alsbald ein Ende zu setzen.

### Benzin kostet 55 Pfennig

Bonn. (NL) Allen Vorstellungen des deutschen Verkehrsgewerbes zum Trotz hat die bürgerliche Mehrheit des Bundestages am Mittwoch den Benzinpreis mit 55 Pfg. pro Liter festgesetzt. Für die Preiserhöhung, die die Existenz von rund 400 000 im Verkehrsgewerbe arbeitenden Menschen gefährdet, stimmten alle Abgeordneten der CDU, der FDP, der Deutschen Partei, der Deutschen Rechtspartei und weitere bürgerliche Splittergruppen. Die KPD hatte sich bekanntlich vom ersten Tage des Benzin-Preis-Streites gegen jede Preiserhöhung ausgesprochen und die Beibehaltung des 40-Pfg.-Preises für den Liter gefordert.

### „Dat hab ich jar nich jesacht“

Bonn. (Eig. Ber.) Kaum war das Adenauer-Interview veröffentlicht, sieht sich das Bundespresidium veranlaßt, die Dementispritzte in Aktion zu setzen. Die Dr. Adenauer nahestehende „Kölnische Rundschau“ schreibt in der heutigen Ausgabe:  
„Der Kanzler sagte, er ermächtigte die Agentur des International News Service, seinen Vorschlag als offizielles Angebot an die französische Regierung zu veröffentlichen, da die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen zu Frankreich unterhalte.“  
Das Dementi bestreitet diese Darstellung und sagt: „Wie aus dem inzwischen veröffentlichten amtlichen Text des Interviews hervorgeht, hat der Bundeskanzler im Verlauf desselben nichts derartiges gesagt.“  
„Dat hab ich jar nich jesacht“ ist eine beliebte Aussucht Dr. Adenauers. Daß der in dem Interview weitergegebene obige Satz von ihm gar nicht gebraucht wurde, ist durch dessen Fehlen in dem nachträglich

### „Dat hab ich jar nich jesacht“

„Haben wir überhaupt schon einen Rechtsstaat in Westdeutschland“, fragte Hermann Nuding die Abgeordneten, „wenn die Besatzungsbehörden deutsche Beamte anweisen können, das Grundgesetz zu brechen?“ Und daß es so ist bewies Hermann Nuding an dem letzten Fall, der sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ereignete. „Diese Nacht um 1 Uhr wurde der niedersächsische Landtagsabgeordnete, Ludwig Landwehr, von zwei englischen und einem deutschen Polizeibeamten aus dem Bett heraus verhaftet, und niemand weiß bisher, wo er sich befindet.“  
Als dies Hermann Nuding verkündete, hätte jeder anständige Deutsche annehmen können, daß sich der ganze Bundestag lei-

### „Wenn Dr. Dehler spricht ist es ein nationales Unglück“

Bonn. (Eig. Ber.) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt legt gegen den ihm in der letzten Plenarsitzung des Bundestages erteilten Ordnungsruf wegen seiner Äußerung, wenn Dr. Dehler spreche, sei es jedesmal ein nationales Unglück, Einspruch ein. Er erklärt, daß seine Äußerung nicht anders gefaßt werden konnte und der sachlichen Überzeugung von dem politischen Unvermögen des Bundesjustizministers Ausdruck gegeben habe. Eine persönliche Kränkung sei deshalb darin nicht zu erblicken.

(Fortsetzung von Seite 1)  
 In Wirklichkeit den ganzen Sachverhalt nicht trifft, denn die Liberalisierung bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die Durchführung der amerikanischen Wirtschaftskolonialisierung in Westdeutschland. Zu diesem Zweck hat die Regierung Adenauer mit der Hohen Kommission das Marshallplanabkommen abgeschlossen. Dieser Vertrag ist das erste Werk des Ministeriums

## Französisch-westdeutsche Union ein amerikanischer Plan

In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, auch an die Adenauerschen Wirtschaftsunionpläne mit den Franzosen zu erinnern, stellte Fritz Rische weiter fest. Diese Vorschläge wurden nach der Rückkehr McCloy aus den USA bekannt. Ich möchte annehmen, daß hier irgendwelche Inspirationen vorliegen, denn es ist uns sehr aufgefallen, daß die Forderung Adenauers auf Errichtung einer Union Frankreichs und Westdeutschlands in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als die Verwirklichung der amerikanischen Pläne im westeuropäischen Kontinent. Und dann hörten wir von Adenauer, daß England heute schon zu müde geworden ist, um kühne Pläne zu verwirklichen. Diese kühnen Pläne hat aber die Regierung Adenauers. Und diese kühnen Pläne laufen darauf hinaus, den Rest Deutschlands, den sie hier noch in Westdeutschland haben, auch noch an die amerikanischen Monopole zu verkaufen.

Im Zuge der Durchführung der Marshallplanpolitik in Westdeutschland haben wir weder nationale Unabhängigkeit noch Souveränität noch eine eigene deutsche Wirtschaftspolitik durchführen können. Westdeutschland ist im Zuge der Marshallplanpolitik nicht mehr als ein deutsches Wirtschaftsgebiet anzusehen, sondern nur noch ein Gebiet der Expansionsgelüste der amerikanischen Monopole. Das läßt sich glänzend beweisen an der Politik der erzwungenen Durchführung des Stahlbargos gegen die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Fritz Rische wies dann anhand von Äußerungen westdeutscher industrieller Kreise auf die eigentlichen Hintergründe dieses Stahlbargos hin. Und es stimmt, daß die Hohen Kommission der Bundesregierung am 10. Februar

den Befehl gab, dieses Stahlbargo zum Schaden der westdeutschen Wirtschaft, der westdeutschen Stahlwerke durchzuführen. In westdeutschen Industriezweigen ist man der Meinung, daß durch das Verbot der Einschaltung der Pariser Marshallplan-Organisation auf den innerdeutschen Handel ermöglicht werden solle. Das heißt nichts anderes als Kontrollbefugnisse der Marshallplan-Administration in Paris in ursächliche Angelegenheiten der deutschen Menschen in Ost- und Westdeutschland in der Angelegenheit der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen, die seit Jahrtausenden, Jahr-

## Deutsche kämpft um Eure Rechte Fordert Abzug der Besatzungsmächte!

hundertern zwischen den deutschen Stämmen in West- und Ostdeutschland gepflegt werden und immer gepflegt werden müssen. Fritz Rische zitierte dann die Zeitung der westdeutschen Schwerindustrie, den „Industriekurier“, der geschrieben hatte, daß ein Geheimbeschluß, wonach Westdeutschland zum 10. Februar die Stahllieferungen in die Deutsche Demokratische Republik solange zu sperren habe, bis die technischen Voraussetzungen für eine Kontrolle des innerdeutschen Warenverkehrs durch die Marshallplanbehörde geschaffen sei, besteht. „An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr die Adenauer-Regierung von der Gnade Mr. Hoffmanns in Paris, von der Gnade des Marshallplans abhängig ist, und wie unheimlich die Auswirkungen des Marshallplans für die ganze westdeutsche Wirtschaft sich heute schon erweist,“ betonte Fritz Rische.

## 3,9 Millionen für das Marshallministerium

3,9 Millionen aus den Steuergroschen des westdeutschen Volkes, und davon allein 1,7 Millionen DM als Beitrag für das ständige Marshallplanbüro Mr. Hoffmanns in Paris, für das Büro eines Vertreters der amerikanischen Monopole, müssen aus den Steuergroschen des deutschen Volkes gezahlt werden. Die Steuergroschen der deutschen Werktätigen in Westdeutschland werden dafür ausgegeben, den Vertretern der amerikanischen Monopole, die Westdeutschland wirtschaftlich, politisch und militärisch untertan machen wollen, noch eine Belohnung dafür zu bezahlen.

Fritz Rische setzte sich dann mit den einzelnen Positionen des Haushaltes des Marshallplan-Ministeriums auseinander. So unterhält die westdeutsche Regierung zurzeit eine Marshallplanmission in Washington, deren Leiter ein Sozialdemokrat ist, was bei

## Die einzelnen Positionen

75 000 DM werden allein für „Sachverständige“ im Marshallplan-Ministerium benötigt, und ein Betrag von 65 000 DM soll für sonstige Gutachten auf völkerrechtlichem und wirtschaftspolitischem Gebiet ausgegeben werden. „Wo bleibt hier bei der Durchführung der Politik der amerikanischen Monopole das Völkerrecht?“ fragte Fritz Rische. 1,6 Millionen DM sind für die ständige Organisation des Marshallplans in Paris zu zahlen. „Und dann kommt ein interessanter Posten,“ erklärte Fritz Rische. „Kosten der Publizitätsverpflichtungen aus dem ERP-Vertrag, der mit einer Höhe von 25 000 DM ausgewiesen ist. Davon 20 000 DM für Veröffentlichungen in der New Yorker Zeitung „New York Herald Tribune“. Es wäre sehr interessant, einmal zu erfahren, um was für Veröffentlichungen es sich hier handelt. Sind es etwa Annoncen der notleidenden westdeutschen Exportwirtschaft oder handelt es sich hier um Propagandaartikel zur Einführung des Marshallplans, also der Politik der Unterdrückung in Westdeutschland?“ fragte Fritz Rische den Marshallplan-Minister. Weiterhin ist ein Posten von 3600 DM ausgewiesen für die Durchführung des dritten ERP-Vierteljahresberichtes 1949, eines Berichts, den man wohlweislich einigen Abgeordneten dieses Hauses ver-

schweigt und unterschlägt. Das ist auch bezeichnend für die Politik des Marshallplans, daß man es vorgezogen hat, Kommunisten nicht in den Ausschuß für sogenannte ERP-Fragen hineinzunehmen, um möglichst die Politik der Amerikaner unkontrolliert vom Volke durchführen zu können. Ein Betrag von 1400 DM ist für die Vorbereitung von Ausstellungen, Drucksachen und Plakaten vorgesehen. Fritz Rische verwies auf die Verpflichtung im Marshallplanvertrag, wonach die westdeutsche Regierung gezwungen ist, für die Politik des Marshallplans, für die Politik der wirtschaftlichen Unterdrückung in Westdeutschland noch die notwendige Propaganda zu machen. Schließlich und endlich wird ein Betrag von 300 000 DM für den Umbau des Delegationsgebäudes in Paris angefordert, und in den Erläuterungen für diese Ausgabe heißt es so schön: „Für die vollständige Ausstattung der Empfangshalle im Erdgeschoß, des Treppenhauses, des Vorraumes im ersten Stock und des Sitzungssaales im ersten Stock, zweier Repräsentationszwecke dienender Räume in der Dienstwohnung des Missionschefs und des Gast- und Arbeitszimmers im dritten Stock... 85 000 DM.“ Repräsentation bei der Tatsache, daß wir das ärmste Volk von ganz Europa sind.

## „Das Marshallministerium ist überflüssig“

Fritz Rische stellte zum Abschluß im Namen der KPD-Fraktion einige Änderungsanträge. Der erste Antrag ist grundsätzlicher Natur. Er lautet: „Der Haushaltsplan des Bundesministeriums für Angelegenheiten des Marshallplans wird gestrichen.“ Fritz Rische wies darauf hin, daß die SPD-Fraktion zwar denselben Antrag gestellt habe, aber die Befugnisse dieses Ministeriums an das Bundeskanzleramt bzw. das Bundeswirtschaftsministerium binden will. Daran erkenne man, daß die SPD-Führung besonders klar in den Fragen des Marshallplans mit dieser Millionärregierung übereinstimme. Fritz Rische beantragte weiter die Streichung der von ihm kritisierten Einzelposten und kündigte an, daß die KPD-Fraktion auch noch zu den anderen Haushaltsplänen der Ministerien bei der dritten Lesung Änderungsanträge stellen werde. „Sie sollen es nicht so leicht haben bei der

Durchführung der Politik des Kampfes gegen das werktätige Volk,“ rief Fritz Rische den Abgeordneten zu. „Sie sollen sich in all den Fragen entscheiden, in denen es darum geht, daß das deutsche Volk gegen eine Regierung und eine Politik geschützt werden muß, die nichts anderes bedeutet, als daß die Lasten des Krieges, die Lasten der Wirtschaftspolitik einseitig auf die Schultern der Werktätigen geladen werden.“

## Labour scheut Unterhaus-Aussprache über Khama

London. Die Labour-Regierung erklärte nicht zuzulassen, daß der Fall des Bamangwato-Häuptlings Serebe Khama im Unterhaus zur Sprache kommt, da dieser möglicherweise zu einer Vertrauensabstimmung führen könne. In ihrem Weißbuch hatte die Labour-Regierung weiter den Standpunkt verfochten, den Stammeshäuptling für fünf Jahre nicht in seine Heimat zurückzulassen. Der fadenscheinige Grund war die Behauptung, daß Stammesunruhen wegen seiner weißen Frau ausbrechen würden. Serebe Khama ist inzwischen in einem Flugboot auf der Reise nach Afrika. Es ist damit zu rechnen, daß bei seiner Ankunft in Victoria die britische Regierung ihre Gewaltakte gegen den Stammeshäuptling fortsetzt.

Das Deutschlandtreffen wird das Treffen der gesamten deutschen Jugend sein! Auf nach Berlin!

# Immer frecher wird die Remilitarisierung vorbereitet

Sie segelt unter der Flagge des Antibolschewismus, der nationaler Verrat an Deutschland ist

Als Hamburg noch das deutsche Tor zur Welt war, war es berühmt. Heute aber ist Hamburg auf dem Wege in aller Welt berüchtigt zu werden bei allen, die sich abwenden von den Kriegshetzern und für den Frieden einstehen. Es hat den Anschein, als ob die antidemokratische Verschwörung der westdeutschen Kriegshetzer in Hamburg einen besonderen Stützpunkt hat. Trotz seiner sozialdemokratischen Regierung und Bürgerschaftsmehrheit erfreuen sich alte Nazis und Kriegstreiber in Hamburg besonderer Förderung. Der Nazigauleiter Kaufmann wohnt in seinem ehemaligen „Jagdsitz“, den der Hamburger Staat aufgekauft hat. Draußen steht ein Polizeiposten, und wer Einlaß fand, sieht durch die Gasmalerei der Dientenfenster auch im Jahre 1950 immer noch das Hakenkreuz im Gewölbe des Hubertushirses leuchten. Zu diesem Gut gehört auch noch ein Blockhaus, in dem Ernst Friedländer, der zweite Chefredakteur der reaktionären Wochenzeitschrift „Die Zeit“ wohnt.

Daß der ehemalige Gauleiter von Hamburg, Kaufmann, Mitglied des inneren Ringes der „Bruderschaft“ ist und daß Friedländer gemeinsam mit Richard Tügel in „Die Zeit“ übelste Antisowjethetze betreibt und daß alle gemeinsam die Remilitarisierung Westdeutschlands betreiben, wurde schon verschiedentlich von ihnen unter Beweis gestellt. Auch die „Hamburger Allgemeine Zeitung“, „für christliche und demokratische Erneuerung“ sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, für den Militarismus und seine Träger in Westdeutschland Propaganda zu machen. General Letow-Vorbeck gab mit seinem 80. Geburtstag auch einen Anlaß hierzu. Er hat im ersten Weltkrieg als Kommandeur der Schutztruppe in Ostafrika die nötige Kampferfahrung gesammelt, um im Juni 1919 die revolutionären Arbeiter Hamburgs niederzuschlagen. Beim Kapp-Putsch 1920 kämpfte er mit sei-

nen Kolonialerfahrungen in Mecklenburg als Kapp-Rebell. Hamburg schulde ihm eigentlich einen Ehrensold, meint die „Hamburger Allgemeine“. Hat ihm nicht sogar Feldmarschall Smuts aus England Schinken geschickt? Und dank seiner guten Verbindungen auch zu anderen ausländischen Generälen, meint die „Hamburger Zeitung“ für „christliche Erneuerung“ tue er vielleicht mehr „für sein Volk“, als der flüchtige Besucher glaubt. Während man auf diese Weise versucht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß sie Vertrauen haben könnte zu der deutschen Generalität, die zwei Weltkriege verloren hat und Deutschlands Unglück mitbedingende, machen andere die notwendige „Kleinarbeit“ zur Sicherung dessen, was die CDU des Herrn Adenauer unter „christlicher Erneuerung“ versteht. Ebenfalls aus Hamburg stammt ein Brief des Graf von Nostitz, der die Uberschrift trägt „Gedanken zur Remilitarisierung“. Er meint, daß Europa „nach zwei mörderischen Bruderkriegen“ nun in der „dritten Phase der europäischen Revolution“ stehe und daß es nun darauf ankomme, daß wir

„Deutsche, mit Herz, Hirn und Hand uns einreihen in die Front gegen den Bolschewismus und zusammen mit den anderen Völkern... dieser zersetzenden Krankheit... offenen Kampf ansagen“. Nostitz machte dann seine Vorschläge. Man solle im nächsten Kriege verzichten auf die strategische und operative Führung, auf eine operative Luftwaffe und eine operative Kriegsmarine, sowie auf eigene Waffen-Munitions- und Ausrüstungsherstellung und -ergänzung. Als unabänderliche Bedingungen aber fordert er als „Fachmann“ Aufstellung „rein deutscher Verbände bis zum Korpsverband unter deutscher Führung“, „eigene Panzer- und Panzergranatierdivisionen“, „taktische Luftwaffenverbände“ und „Marineverbände zum unmittelbaren Schutz der Küste“. Die Empfänger dieser Briefe

wollen, wenn sie mit diesen Plänen einverstanden sind, sie auch anderen nahe bringen. Allerdings hält Nostitz es dann für erforderlich, „sie dem jeweiligen Kreis in ihrer Diktion (Ausdrucksweise) anzupassen“. Man sieht, mit welcher Frechheit und Skrupellosigkeit, aber auch mit welcher Aktivität die Remilitarisierung Westdeutschlands vorbereitet wird. Die Flagge, die man dabei hießt ist die des Antibolschewismus. Aber die Werktätigen in Deutschland werden sich erinnern: unter der Flagge des Antibolschewismus brachten die deutschen Konzernherren Junker und Generale Hitler zur Macht und Deutschland in die furchtbare Katastrophe des Krieges. Unter der Flagge des Antibolschewismus will man heute die Schaffung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik verhindern, die kümmerlichen demokratischen Rechte der Werktätigen in Westdeutschland restlos beseitigen und ein neues Kriegsabenteuer beginnen. Die Flagge des Antibolschewismus soll davon ablenken, daß die anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten Westdeutschland und Westberlin als Ausgangspunkt für ihren Krieg zur Eroberung der Weltherrschaft mißbrauchen wollen.

In dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands wird der Antibolschewismus mit vollem Recht als nationaler Verrat an Deutschland bezeichnet. Jeder Deutsche, der sich an dieser Hetze beteiligt, oder der ihr nicht schärfstens entgegentritt, schädigt bewußt oder unbewußt die nationalen Interessen Deutschlands und hilft Deutschland endgültig zu vernichten. Darum muß man in Westdeutschland noch entscheidener und noch kraftvoller für den Frieden kämpfen. Verhindert die Remilitarisierung Westdeutschlands! Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu erkämpfen, ist der wichtigste Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa.

## Marshallplan-Zuwendungen immer mehr gekürzt

Der Zwang auf die Satelliten zum eigenen Schaden, amerikanische Agrarprodukte zu kaufen, verstärkt sich

Das Blatt des britischen Finanzkapitals, der „Economist“, ist bitter enttäuscht darüber, daß die Fragen des Marshallplans, besonders was seine „internationalen Folgen“ betrifft, im amerikanischen Parlament auf einer „sehr engen Grundlage“ diskutiert werden. „Der größere Gesichtspunkt“, den Außenminister Acheson zum Ausdruck brachte, als er davon sprach, daß es darauf ankomme, den Kommunismus aufzuhalten, sei „im Verlaufe der Diskussionen verbläht“. Das Blatt klagt in seiner Ausgabe vom 18. 3. 1950 darüber, daß, statt die Fragen des gemeinsamen Kampfes gegen den Kommunismus in den Vordergrund zu stellen, „fast alle Fragen und Kontroversen einzig und allein auf die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa konzentriert wurden“.

Tatsächlich fand die Aussprache über die Marshallplan-Zuwendungen in einer ganz nüchternen geschäftlichen Atmosphäre statt. Trotz Mr. Hoffmanns Beschworungen, an den 2,95 Milliarden Dollars für das laufende Geschäftsjahr keine Abstriche mehr zu machen, da sonst der Kommunismus in Westeuropa eindringen könne, sprachen sich viele Abgeordnete für Kürzungen aus. Der demokratische Senator Maybank aus South Carolina sagte z. B., daß er für ihn verlangten Kürzungen für Inlandsausgaben nur zustimmen könne, wenn die Ausgaben für Auslandszwecke mit diesen Schritt halten. Deshalb müßten sowohl die Gelder für den Marshallplan, als auch die für den Atlantikpakt gekürzt werden.

Schon heute steht fest, daß die Verwendung der Marshallplan-Gelder eine außerordentliche Einschränkung erfährt. Der außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses beschloß eine Kürzung von 1 Milliarde Dollar in bar und verfügte, daß dieser Betrag nur für den Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten verwendet werden darf. Das bedeutet, daß die westeuropäischen Satellitenstaaten gezwungen werden, in noch größerem Maße als bisher, landwirtschaftliche Produkte aus den USA zu importieren, was natürlich ihre eigenen Bauern schwerstens schädigt. Den amerikanischen Großfarmern will es dadurch er-

möglicht, die Waren, die sie sonst nicht absetzen könnten, mit Hilfe von Staatskrediten aus den Taschen amerikanischer Steuerzahler loszuwerden.

Was ist nun nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen von der Marshallplan-„Hilfe“ für das laufende Jahr noch übrig geblieben? Die ursprüngliche Summe von 3,1 Milliarden wurde von Mr. Hoffmann schon vorsorglich auf 2,95 Milliarden herabgesetzt. Davon müssen nun für eine Milliarde zwangsweise die amerikanischen Lebensmittel gekauft werden, die die amerikanischen Großfarmern anbieten, sodaß für andere Zwecke nur noch 1,95 Milliarden übrig bleiben. Wenn der gegenwärtige Vorschlag aufrechterhalten bleibt, sollen außerdem noch 600 Millionen Dollars der „Europäischen Zahlungsunion“ zur Verfügung gestellt werden, und es sollen nur diejenigen Länder davon etwas erhalten, die sich dem amerikanischen Druck auf „europäischen

Wirtschaftszusammenschluß“ beugen und damit das aufgeben, was bisher vom Schutz ihrer nationalen Wirtschaft noch übrig geblieben ist.

Der Betrag, der jetzt noch zur „freien Verwendung“ steht, ist sehr stark zusammengeschrumpft, und es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Marshallplan-„Hilfe“ sehr teuer bezahlt werden muß. Die Länder, deren Regierungen sich dem Diktat der Wallstreet fügen, haben ihre nationale Souveränität verloren, müssen sich von Marshallplan-Agenten kontrollieren lassen, die darüber wachen, daß nur das produziert wird, was der amerikanischen Konkurrenz nicht schadet, und bekommen auf der anderen Seite nur noch ein paar Batzen zum Ankauf von Lebensmitteln, die sie entweder selbst produzieren oder ohne Gefährdung ihrer nationalen Wirtschaft und im Ausland, gegen Fertigungswaren aus der Sowjetunion oder den Ländern der Volksdemokratien beziehen könnten. F. U.

## Sie wußten, was sie wählten

„Die sowjetischen Wähler unterscheiden sich von allen Wählern der Welt vor allem dadurch, daß sie wissen, wofür sie wählen.“

Das britische Mitglied der Delegation des Weltfriedenskongresses Platts-Mills hat mit diesem Ausspruch die Ursache der aktiven, nahezu hundertprozentigen Beteiligung und der Einmütigkeit des sowjetischen Volkes bei den Wahlen zum Obersten Sowjet beleuchtet.

Kein Bankier, Fabrikherr oder Gutsbesitzer konnte den Sowjetbürger bei seiner Wahl beeinflussen, und deshalb war diese Wahl ausschließlich eine Angelegenheit seines Gewissens und Bewußtseins.

Die besten Söhne und Töchter des sowjetischen Volkes wurden in den obersten Sowjet gewählt. Neben sowjetischen Staatsmännern, wie Stalin, Molotow und Malenkov, wurden Arbeiter, Initiatoren neuer, sozialistischer Arbeitsweise, junge sowjetische Techniker und Konstrukteure und die besten Wissenschaftler und Kollektivbauern gewählt.

Die Wahlen waren eine Demonstration der wahren Demokratie, ein Meilenstein auf dem Wege des sowjetischen Volkes zum Kommunismus, ein Sieg des internationalen Friedenslers.

Die Uebererfüllung der Planziffern, die dauernd steigende Kaufkraft, der aufblühende Wohlstand geben allen Werktätigen der Welt ein Musterbeispiel und beweisen, daß das Sowjetvolk auf dem richtigen Wege ist. Die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft sind mannigfaltig und stetig.

Indessen können die Statistiken der kapitalistischen Welt nicht verschweigen, daß das Realeinkommen der Arbeiter z. B. in Westdeutschland (nach gewerkschaftlichen Informationen) auf etwa 60 Prozent, verglichen mit dem Stand von 1936, gesunken ist, daß es heute 40 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter in den imperialistischen und von ihnen abhängigen Ländern gibt, davon allein über 14 Millionen in den USA.

Demgegenüber sind in der Sowjetunion zum dritten Mal nach dem Kriege die Preise um 10 bis 30 Prozent gesenkt und der Reallohn wesentlich gesteigert worden. Allein im Jahre 1949 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Volkswirtschaft in der Sowjetunion im Vergleich zu 1948 um 1,8 Millionen gestiegen, wodurch der Vorkriegsstand um 15 Prozent überschritten wurde.

Die Imperialisten versuchen, die am 1. März 1950 erfolgte Umstellung des Rubel-Kurses auf Goldbasis zu bagatellisieren. Besonders die ungekrönten Herrscher der USA, die Finanzoligarchie, kann es nicht verschmerzen, daß der Dollar — die „Währung der Währungen“ — von der Sowjetunion auf die Goldwaage gelegt und zu leicht befunden worden ist. Das erste sozialistische Land der Welt gab damit allen Völkern

einen weiteren Beweis für die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über die kapitalistische.

Was aber bedeutet es für den Einzelnen, daß sich das Volkseigentum in der Sowjetunion um mehr als das Fünffache erhöhte? Allein im Jahre 1949 im Vergleich zu 1948 stieg es um 17 Prozent, und überschritt damit den Vorkriegsstand von 1940 um 36 Prozent. Was bedeutet es, daß der Reallohn der Arbeiter und Angestellten von 1948 auf mehr als das Doppelte im Vergleich zu 1947 gestiegen ist, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten von 1940 bis 1949 sich um 24 Prozent erhöhte und daß in den letzten drei Jahren 2 Milliarden Rubel an Arbeiter Ingenieure und Techniker allein des Kohlenbergbaus auf Grund ihres Dienstalters ausgezahlt wurden?

Lassen wir nur einen, den Arbeiter Salzew, vom Koks-Chemie-Werk in Kemerowo antworten:

„Seit 50 Jahren arbeite ich in der Hüttenindustrie. Die Sowjetmacht hat mir gegeben, ein hochqualifizierter Koksarbeiter zu werden. Auch vor der jetzt erfolgten Preislenkung brauchte meine Familie nichts zu entbehren. Der Betrieb hat mir ein Vier-Zimmer-Einfamilienhaus gebaut. Mein Monatsverdienst beträgt über 1700 Rubel. Außerdem erhalte ich jedes Jahr eine Dienstaltersprämie in Höhe von etwa 4000 Rubel. Das alles macht es uns möglich, gut zu essen, alles Erforderliche anzuschaffen und unsere kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Jetzt kann ich durch die neue Preislenkung etwa ein Viertel meiner Haushaltskosten einsparen. Von solchen materiellen Verhältnissen können die Arbeiter der kapitalistischen Länder höchstens träumen.“

Für ihn, wie für alle Arbeiter und Angestellten gibt der Sowjetstaat jährlich gewaltige Summen für Sozialversicherungen, Sozialpensionen, für kostenlose ärztliche Betreuung, für Kuraufenthalte und ähnliche soziale Zwecke aus. Allein im Jahre 1949 betrugen diese Ausgaben 110 Milliarden Rubel, das ist dreimal soviel wie im letzten Vorkriegsjahr 1940.

Die sowjetischen Wähler wissen also, wofür sie ihren Stimmzettel abgeben. Es ist ihnen nicht in den Schoß gefallen. Sie konnten es kämpfend erringen, weil die große kommunistische Partei der Sowjetunion ihnen zur Seite stand, sie führte, weil sie die Lehren Lenins und Stalins zur Richtschnur ihres Handelns machten.

Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse, sie ist der Kampfstab des Proletariats. Um zu führen, muß die Partei voraussehen.

(Aus der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. 12. 1949)

# Die Frau im Sowjetstaat

Der Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin, brachte ein neues Buch von Hedda Zinner „Alltag eines nicht alltäglichen Lebens“ heraus, in dem Hedda Zinner, die lange Jahre in der Sowjetunion weilte, Szenen aus dem Alltag der sowjetischen Menschen schildert. Selbstverständlich sind die sowjetischen Frauen aus diesem Leben nicht wegzudenken und so ist es auch ganz selbstverständlich, daß Hedda Zinner diesen Frauen in ihrem Buche einen bleibenden Platz einräumte. Wir haben aus den Erzählungen für unsere Leserinnen einiges herausgegriffen, das zusammen mit den nebenstehenden Bildern zeigt, welche Fülle von Möglichkeiten die Frau in der Sowjetunion hat, um ihr Leben gestalten zu können. Hedda Zinner erzählt:

Antisja Markowna ist ebenfalls einer der vielen „Dutzendmenschchen“. Sie war auch schon zu alt, als daß sie es noch zu etwas hätte bringen können. Sie ist eine „Babuschka“, ein Großmütterchen. So nennt man überall die alten Frauen, die Hausarbeiten verrichten, einkaufen, die Kinder warten. Aber Antisja Markowna ist sogar eine richtige Großmutter, die bei ihren eigenen Kindern die Wirtschaft führt. Auch sie ist durch die Familie mit tausend Fäden an das neue Leben gebunden. Ich werde ihre Worte nicht so leicht vergessen, als sie mir in ihrer derben, herzlichen Art auf die Schulter schlug und ungefähr sagte:

„Wenn ich so nachdenke...“  
„Siehst du, mein Täubchen“, begann sie, „wenn ich manchmal meine Töchter betrachte, dann könnte ich sie beneiden. Ach Gott, wenn ich zurückdenke, was hab' ich schon von meinem Leben gehabt? Jung war man und ganz stattlich, kannst es mir glauben, und hat zu Haus gegessen und zu Haus geessen und hat nicht mehr zur Arbeit gehen können, weil die Kinderchen gekommen sind, eines nach dem andern, und dabei hat's nicht vorn und nicht hinten gelangt. Es waren keine Schuhe da für die Kleinen und keine Strümpfe, und man hat geflickt und gestopft und konnte die Löcher doch nicht alle zustopfen. Und der Mann ist dann nach Hause gekommen und hat getrunken. Ach, Töchterchen, die Kopeken, die man so bitter nötig gehabt hätte, waren zum Teufel! Eine Hölle war das und kein Leben, sag' ich dir!“  
Und nun schau dir dagegen hier meine Marussja an. Sechszwanzig ist sie, und zwei Kinderchen hat sie. Schau sie dir nur an: sieht sie nicht wie ein Fräulein aus? Geht arbeiten und ist schon zweimal prämiert worden für gute Leistungen. Hat die Kinder im Kindergarten. Aber wenn du

sie erst einmal erzählen, was sie alles erlebt haben. Wirklich, Töchterchen, sie erleben eine Menge in ihrem Kindergarten, du würdest es nicht für möglich halten: Liedchen lernen sie und tanzen, und sie machen Ausflüge und fertigen allerhand schöne kleine Säckelchen an. Begabte Kinder, sag' ich dir! Aber du wirst denken, ich sag'

trinken Tee und unterhalten sich über Dinge... Dinge, sag' ich dir, von denen man rein gar nichts versteht. Töchterchen! Und so schön still und gemütlich ist's bei uns — eine reine Freude.“  
Ich habe diese kleine Erinnerung an Antisja Markowna und ihre Tochter Marussja hervorgeholt, weil sie mir charakteristisch

vor?“ Und in diesem Augenblick hatte sie sich durch die Menschenmenge gedrängt, zwei Hände hatten meine ergriffen, zwei derbe, feste Hände hielten mich, und eine heisere Jungenstimme zitterte vor Freude: „Sind sie's? Bist du's wirklich?“  
Und dann, als wir uns aus dem Gedränge der Straßenbahn, aus dem Getriebe der



Wera Papschi hat sich für die Landwirtschaft entschieden. Sie ist Melkerin auf einer Kollektivwirtschaft geworden. 10 Kühe und 11 Kälber hat sie dort zu versorgen.

Mutter und Kind genießen in der Sowjet-Union den Schutz der gesamten Gesellschaft.



Den ersten Schuljahren widmet der Sowjetstaat besondere Aufmerksamkeit. — Mara und Elga haben das Reifezeugnis erhalten. Jetzt haben sie das Recht, an jeder Universität zu studieren.

Valentina ist Aerztin. Als Hals-, Nasen- und Ohrenspezialistin arbeitet sie im Kirowskojer Krankenhaus.



Stadt in ein kleines Kaffeehaus gerettet hatten, erzählte Natascha mir in ihrer ruhigen Art von dem Weg, den sie Unterwegs zurückgelegt hatte. Abendschule, Technikum, Zeichnerin in einem Baubüro. Lernen, lernen und wieder lernen. Akademie und eine Reise ins Ausland. Sehen, sehen und abermals lernen, und jetzt Frau Architekt! Aufträge und Möglichkeiten. Aber bei allem und über allem immer das Lernenwollen und Lernen, das niemals aufhören wird.

„Du hast deine Pläne also wahr gemacht, Natascha?“  
„O ja.“

„Und ich habe es für unmöglich gehalten.“

„Es ist nichts unmöglich, wenn man will, wenn man wirklich will.“

„Der Frau stehen in der UdSSR auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens die gleichen Rechte wie dem Manne zu.“  
Artikel 122 der Verfassung der UdSSR

glaubst, sie hat keine Zeit für die Kinderchen, sorgt nur für sich selber und läßt die Kinder verkommen — da irrst du dich, Töchterchen! Siehst du, ich war doch damals den ganzen Tag zu Hause, und da sollte man doch denken, ich hätte viel Zeit für die Kinder gehabt, aber, siehst du, das war gerade umgekehrt. Ich war gewiß nicht schlecht, Töchterchen, aber der Kopf war voller Sorgen wie ein Wasserkrug, den man so voll gefüllt hat, daß man denkt: „Noch ein Tropfen, und er wird überlaufen!“ Und zu tun gab es vom frühen Morgen bis in die späte Nacht; manchmal konnte ich den Rücken nicht mehr gerade halten, so müde war ich; und, siehst du, Töchterchen, wenn dann die Kinder gekommen sind: Mamotschka, was ist das? — Mamotschka, gib mir eine Kopeke! — Mamotschka, warum darf der Ljoscha von nebenan eine Waffel kaufen und ich nicht? — siehst du, da ist man dann ärgerlich geworden und hat sie angeschrien: „Schert euch auf die Straße, daß ich euch hier nicht mehr sehe!“  
Aber bei meiner Marussja ist das alles ganz anders. Du solltest nur sehen, wie glücklich die Kinderchen sind, wenn sie sie vom Kindergarten abholt. Dann müssen

das nur, weil alle Großmütter stolz auf ihre Enkelchen sind, na ja! Wo war ich doch stehen geblieben? Ach so, ja, dann spielt sie noch mit den Kindern, oder sie liest ihnen etwas vor, bis sie gefüttert und zu Bett gebracht werden.

Und nun denkst du vielleicht: „Jetzt geht auch Marussja ins Bett.“ Nein, nein, Töchterchen, dann fängt sie erst an zu lernen. Sie studiert, meine Marussja, will was Besonderes werden. Und ich? Ich hab' nicht mal lesen und schreiben gelernt. Und ihr Mann, der Mischa, ist ein guter Arbeiter, und er bringt seinen Lohn nach Hause. Lernt auch. Da sitzen sie dann zusammen,

ja typisch erscheint für den Gegensatz zwischen zwei durchschnittlichen Frauen von gestern und heute.

## Ein Wiedersehen in der Straßenbahn

In einer anderen Erzählung schildert Hedda Zinner ein Wiedersehen mit einer jungen Bauarbeiterin, die sie neun Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Was war aus der jungen Arbeiterin inzwischen geworden?

„Eine interessante Frau“, dachte ich, „scheint viel Kraft in ihr zu stecken. Merkwürdig, warum kommt sie dir so bekannt

Frauen als Deputierte im Obersten Sowjet.

Jelena Sergejewna ist die Gattin des bekannten sowjetischen Bergarbeiter-Aktivististen Boriskin.

Sowjetische Frauen leisten auch im Sport vorbildliches.



Die Mütter waren noch Analphabeten und trugen den Schleier, die Töchter aber studieren Agrarwissenschaften. Die Sowjetunion kennt keine Nationalitätenfrage. In den Hörsälen sitzt die Usbekin neben der Ukrainerin und die Bjelorusin neben der Turkmenin.

## „Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen“

Von Fritz Sperling

Auf seiner 14. Tagung, die vom 28. bis zum 30. Dezember 1949 stattfand, beschloß der Parteivorstand die „Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen“. Es war kein Zufall, daß der Beschluß, die Neuwahl aller Parteileitungen durchzuführen, auf derselben Tagung des Parteivorstandes gefaßt wurde, die nach gründlicher Aussprache die Resolution zur ideologischen-politischen Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus annahm.

Unsere Heimat ist von den imperialistischen Kolonialherren und ihren deutschen Handlangern gespalten. Die Rechte der Arbeiterklasse, der Werktätigen, unserer ganzen Nation werden im Westen Deutschlands mit Füßen getreten. Die Deutsche Demokratische Republik hält das Banner des Kampfes um nationale Einheit, um Frieden, um die Rechte der schaffenden Menschen hoch erhoben. Sie erwartet von allen Deutschen im Westen unserer Heimat, die sich unter

dem Tritt der kolonialen Sklavhalterstiefel immer mehr empören, daß sie sich gemeinsam mit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur gewaltigen Nationalen Front zusammenschließen. Und die besten Söhne und Töchter unseres Volkes im Westen unserer Heimat, die Kämpfer gegen das Doppeljoch kolonialer Ausbeutung, die Kämpfer gegen die Demontage, die Kämpfer für Frieden und nationale Einheit und Unabhängigkeit erwarten von unserer Partei, daß sie die Kämpfe der Arbeiter, der Werktätigen, aller wahren Patrioten vorbereitet, organisiert und führt! Das erwartet von uns die Sowjetunion, Führerin im Kampf um Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit der Völker, das erwarten von uns die Kämpfer für den Frieden in aller Welt, das erwartet ihr aktivster Teil, die Arbeiter aller Länder. Sie nicht zu enttäuschen, ist unsere Pflicht! Unsere Pflicht zu erfüllen, heißt, unsere Reihen zu festigen, unsere Partei besser zu befähigen,

ihre Aufgabe zu lösen. Das geschieht durch die ideologisch-politische Festigung, das geschieht durch die im gleichen Prozeß durchzuführende organisatorische Festigung. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen und der Betriebsgruppen, in den Wohngebietsgruppen, in den Ortsgruppen und in den Stadtteilen. Das muß sich vollziehen auf der Grundlage der Diskussion aller Fragen, wie sie in der Resolution der 14. und in der Resolution der 15. Parteivorstandssitzung „Die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten“ behandelt werden. Diese Diskussion ist nicht Selbstzweck. Die Resolutionen sind Anleitungen zum Handeln. Die Kampfaufgaben der Partei müssen im innigsten Zusammenhang mit den gestellten Problemen behandelt werden. Die Probe, ob alle Fragen klar sind, wird erst im Kampf bestanden! Und um den Kampf führen zu können, müssen wir die Leitungen unserer Partei erneuern, verstärken! „Wir wollen erreichen, daß durch die demokratische Neuwahl der Leitungen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben und eine größere Anzahl jüngerer Genossinnen und Genossen in die Leitungen gewählt werden, damit die engste Verbindungen aller Leitungen zu den Grundeinheiten endlich hergestellt wird.“ Und weiter heißt es in den Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Parteileitungen: „Es geht darum, eine Parteiorganisation zu schaffen, die den politischen Notwendigkeiten entspricht und sich immer von der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus leiten läßt. Um das zu erreichen, müssen wir unablässig an der weiteren Festigung der bestehenden Grundeinheiten arbeiten, als auch unser ganzes Augenmerk auf den Auf- und Ausbau neuer Grundeinheiten richten. Im Vordergrund steht dabei die Festigung der Auf- und Ausbau unserer Betriebsgruppen, ohne die Wohngebietsgruppen zu vernachlässigen. Das Fundament der Partei bilden die Betriebs- und Wohngebietsgruppen, durch die wir mit den Massen in den Betrieben und im Wohngebiet auf engste verbunden sein müssen und die ihren Kampf organisieren und leiten. Eine solche Festigung der Partei durch Umwandlung der Organisation herbeizuführen, muß jedem Kommunisten zur Ehre gereichen.“

März und der letzten Maiwoche finden in allen Betriebs-, Wohngebiets- und Ortsgruppen weit außerordentliche Mitgliederversammlungen statt und daran anschließend in demselben Zeitraum, werden in allen Stadtteilorganisationen und Ortsgruppen Generalmitgliederversammlungen durchgeführt.  
Es ist Aufgabe jedes Mitgliedes, jedes Funktionärs unserer Partei, darüber zu wachen, daß die Richtlinien über die Durchführung der Neuwahl der Leitungen genau eingehalten werden. Das können die Mitglieder und Funktionäre selbstverständlich nur dann, wenn sie die Richtlinien aufmerksam studiert haben. Mitglieder und Funktionäre, die noch nicht im Besitz der Richtlinien sein sollten, mögen sich unverzüglich an ihre zuständige Leitung wenden und die Broschüre „Die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“ und das „ABC der Kleinarbeit“ Nr. 4, das die Richtlinien enthält, anfordern. Unsere Mitglieder werden bei dieser großen innerparteilichen Kampagne darüber wachen, daß die in den Richtlinien festgelegten Rechte der Mitgliedschaft gewahrt werden. Darüber wachen, daß die Rechte der Mitgliedschaft gewahrt werden, bedeutet aber die gleichzeitige Verpflichtung, diese Rechte wahrzunehmen! Das heißt: Jedes Mitglied unserer Partei, die Mitglieder der Betriebsgruppen, der Wohngebietsgruppen fühlen sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die in den Richtlinien als Minimum festgelegten Generalmitgliederversammlungen zustande kommen: Sämtliche Mitglieder müssen persönlich aufgesucht, bearbeitet und eingeladen werden! Sämtliche Leitungen müssen durch die Leitungen gemahnt werden, die Versammlungen einzubereiten. Jedes Mitglied, ob jung oder alt, muß wissen, daß die Partei nur dann vorwärts kommt, wenn es selbst seine Rechte und Pflichten ausübt. Jedes Mitglied unserer Partei muß helfen, die Besten unter uns zu finden, die würdig sind, Mitglied einer Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein; und würdig sind diejenigen, die kühn und entschlossen die Linie der Partei durchsetzen, die kämpfen, die aktiv sind.

Bei der Durchführung aller Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Neuwahl der Leitungen stehen, dürfen wir nicht fürchten, daß andere wichtige Aufgaben dadurch vernachlässigt werden könnten. Die Erfassung jedes einzelnen Mitgliedes in der Kampagne zur Neuwahl der Leitungen wird uns die best-

mögliche Mobilisierung der Basis der Partei, der Betriebs- und Wohngebietsgruppen ermöglichen! Erst durch diese Mobilisierung werden wir beispielsweise den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen richtig vorbereiten können, indem jedes Mitglied seine Aufgabe kennenlernt und sie durchführt!

Nach den Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahlen sind die Landesvorstände und die Kreisleitungen für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. In jedem Falle muß also ein genauer Plan über die Durchführung der Wahlen in den Grundeinheiten, den Ortsgruppen und Stadtteilen vorliegen. In diesem Plan müssen die wichtigsten Betriebsgruppen, die wichtigsten Organisationseinheiten der Partei im betreffenden Bereich der Leitung besondere Berücksichtigung finden. An solchen Schwerpunkten sollen Beispiele entwickelt werden, über die auch ausführlich in der Presse zu berichten ist. Dabei muß man besonders zeigen, wie man es gemacht hat, in dem betreffenden Betrieb zur Schaffung einer arbeitsfähigen Leitung zu kommen. Durch das praktische Beispiel hilft man der Organisation am besten.

Kommunisten, seid Euch Eurer Verantwortung bewußt! Stärkt die Partei durch die Schaffung, durch die Wahl arbeitsfähiger Leitungen!

Gegen die koloniale Unterdrückungs- und Entrechtungs politik der ausländischen und deutschen imperialistischen Kriegstreiber kämpft die KPD in Westdeutschland für die Errichtung einer wirklich demokratischen, friedlichen Ordnung. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands mobilisiert sie die Millionenmassen des deutschen Volkes; für den Abschluß eines Friedensvertrages, den Abzug aller Besatzungstruppen, die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, mit dem Ziele der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

(Aus der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. 12. 1949)

## Die Partei baut sich ihr Haus!

Die Kriegstreiber kennen die Bedeutung des Industriegebietes an Rhein und Ruhr; durch das Ruhrstätt wollen sie es in ihre Kriegsvorbereitungen einbeziehen.

Diese Pläne müssen durchkreuzt werden, wenn der Friede gesichert sein soll. Deshalb muß unsere Partei, deren Schlagkraft den Ausgang des Kampfes um den Frieden bestimmt, ihre Stellung an Rhein und Ruhr besonders verstärken.

Dazu gehört auch, daß an dem entscheidenden



Die Steine rollen an...

Deine Sondermarke ist Dein Baustein!

Parteiivorstand

## Jetzt ist es nur noch einer

Sieben Träger der Neckarbrücke an Ort  
Mannheim. Voll Interesse beobachten die Passanten auf dem Steg den großen Fortschritt beim Bau der Neckarbrücke in den letzten Wochen. Mindestens einmal jede Woche kam der unermüdete „Georg“ den Neckar hinaufgeschwommen und jedes Mal brachte er eine neue schwere Last funktionsfähiger Bauteile für die Montage der acht Träger mit, die auf dem Fundament der Pfeiler die Verbindung von Ufer zu Ufer herstellen sollen. Wenn die viele Zentner schweren Werkstücke aus Stahl aus dem Schiff empor gehoben wurden und am Kran schwebend in ihrem leuchtend roten Anstrich wie riesige Goldfische an der Angel amuten, dann stauten sich wohl die Zuschauer auf dem Steg bis der aufregende Vorgang vorüber war.

Es entstand ein richtiger Wettbewerb zwischen den Montagen an beiden Uferseiten. Wenn hüben ein Träger gerade fertig geworden und an seine Stelle gerückt war, so sah man drüben schon den nächsten Träger langsam vom Widerlager am Ufer her dem Pfeiler entgegenwachsen. Sobald in diesen Tagen der letzte Träger auf der südlichen Uferseite fertiggestellt ist, dann fehlt nur noch einer der acht Träger, der von der nördlichen Uferseite aus jetzt in Angriff genommen wird. Mit der Vollendung dieses letzten Trägers in einigen Wochen ist dann ein wichtiger Bauabschnitt beendet.

Die neue Brücke hat mit der restlos zerstörten alten Friedrichsbrücke nichts mehr gemein. Wie diese Brücke gänzlich verschwunden ist, so ist auch die Zeitperiode unvordenklich dahin, der sie entstammte und der sie ihren Namen verdankt. Wir haben heute keine Verankerung mehr, bei der Benennung von Bauwerken dynastische Erinnerungen zu pflegen und überholte Institutionen sozusagen unter Denkmalschutz zu stellen. Die alte Brücke ist dahin und damit auch ihr Name. Was an ihrer Stelle jetzt entsteht ist etwas ganz Neues und sollte daher auch einen neuen Namen tragen. Wäre die Bezeichnung „Friedensbrücke“ nicht zeitgemäß? Der Name könnte eine Verpflichtung sein und vielleicht auch ein Talisman gegen künftige Sprengungen!

## Soll ein KB-Rentenabzug eingeleitet werden

Heidelberg (Iwb) Auf einer Aerzte-Tagung in Heidelberg, an der die für die Durchführung des Körperbeschädigten-Leistungsbesetzungsmaßgebenden Aerzte und Juristen Nordbadens teilnahmen, forderte der Chefarzt der Landesversicherungsanstalt Baden, Dr. Dengelmann, Karlsruhe, die zuständigen Stellen auf, bei der ärztlichen Begutachtung der Heimkehrer großzügig zu verfahren. Dr. Dengelmann sagte, die hauptsächlichste Heimkehrerkrankheit beruhe auf Elweißmangel, die auf Unterernährung zurückzuführen seien. Diese Krankheit heile nach den bisher gemachten Erfahrungen im Laufe der Zeit aus. Die Besserung verlaufe jedoch wellenförmig, indem eine Besserung zunächst eine Verschlechterung folge. Dieser Zustand könne sich mehrmals wiederholen. Der Verlauf der Krankheit mache eine stufenweise Festsetzung der Renten notwendig.

## „Naturfreunde“ Mannheim

Mannheim. Am 25. und 26. März laden die Naturfreunde zu einem Arbeitstag im Naturfreundehaus auf dem Kohlhof bei Altenbach ein. Sie erwarten dazu eine recht große Zahl der Mitglieder. Auch Freunde und Gönner des Vereins sind freundlich eingeladen.

## „Monika“ und „Land des Lächelns“ für Schwerkriegsbeschädigte und Erwerbslose zu halben Preisen

Mannheim. Nachdem wegen Erkrankung die Operette „Monika“ am vergangenen Samstag ausfallen mußte, wird die Operette am Samstag, den 25. März, um 20 Uhr und „Land des Lächelns“ am Sonntag, den 26. März, um 20 Uhr im „Kaisergarten“ (Zehnstraße) vom „Theater des Volkes“ aufgeführt. Karten, welche für die 18. März gelöst wurden, behalten ihre Gültigkeit. Zu den beiden Veranstaltungen zahlen Schwerkriegsbeschädigte und Erwerbslose gegen Ausweis an der Abendkasse nur halbe Eintrittspreise (0,70 bis 1,10 DM). Alle Plätze sind numeriert.

## Aus der Städtischen Kunsthalle

Mannheim. Die Städtische Kunsthalle Mannheim zeigt seit einigen Tagen in der Eingangshalle ihre jüngste Neuerung eine lebensgroße Bronzegruppe „Zwei Freunde“ von Gerhard Marcks, dem größten lebenden deutschen Bildhauer, der seit etwa einem Jahr an der Landeskunstschule in Hamburg eine Meisterklasse für Bildhauerkunst leitet.

Ein erheblicher Teil der Ankaufsumme wurde trotz der schwierigen Zeitverhältnisse in hochherziger Weise von Mannheimer Bürgern gestiftet.

## „Das Mitbestimmungsrecht“

Mannheim. Am Montag, dem 27. März 1950 um 19.30 Uhr findet in der Aula der Wirtschaftshochschule ein Vortrag von Herrn Dr. Agertz, Mitglied des wirtschaftswissenschaftlichen Ausschusses des DGB, über das Thema: „Das Mitbestimmungsrecht“ statt. Der Abend wird veranstaltet im Rahmen der Schulungsvorträge für die Betriebsräte.

## Personenkraftwagen in Brand

Heidelberg. In den späten Nachmittagsstunden des 21. März zeriet auf dem Friedrich-Ebert-Platz ein dort abgestellter Personenkraftwagen in Brand. Im Wageninnern war vermutlich durch Unachtsamkeit beim Rauchen die Polsterung in Brand geraten und verursachte eine starke Rauchentwicklung. Die Feuerwehr wurde verständigt und löschte den Brand.

Der entstandene Sachschaden ist durch das Eingreifen der Feuerwehr erfreulicherweise gering.

## Brand in einer Teer- und Dachpappen-Fabrik

Stuttgart. (Iwb) In den späten Abendstunden des Mittwoch ist in der Teer- und Dachpappen-Fabrik Paul Bauder in Stuttgart ein Brand ausgebrochen. Löschrüge der Stuttgarter Feuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr aus Weilmordorf konnten den Brand löschen.

Der Gebäude- und Materialschaden beträgt etwa 10.000 DM. Die Ermittlungen über die Brandursache sind noch im Gange.

# Für Wohnungsbau 25 statt 107 Millionen DM

57,2 Millionen vielleicht vom Bund / Schmutz und Schund im Landtag / Warum die Entnazifizierung scheiterte

Stuttgart. (EB) Der Landtag von Württemberg-Baden nahm in seiner gestrigen Sitzung in zweiter und dritter Lesung das dritte Gesetz über finanzielle Maßnahmen zur Förderung des Wiederaufbaus und zur Wohnraumbeschaffung an. Nach dem Gesetz stehen dieses Jahr aus Mitteln des Landes zunächst nur 25 Millionen DM gegenüber 107 Millionen DM im vergangenen Jahr für den Wiederaufbau und die Wohnraumbeschaffung zur Verfügung.

Zwar erwartet das Land aus dem Wildermuthschen Bundesbauprogramm noch 57,2 Millionen DM; doch ist es sehr fraglich, ob und vor allem wann das Land in den Genuss dieser Summe kommt. Alles in allem gesehen sind deshalb die Aussichten für den Wohnungsbau ziemlich trübe. Innenminister Ulrich glaubt zwar, daß bis in etwa 10 Jahren die Wohnraumbeschaffung im Württemberg-Baden bereitgestellt werden. Hiervon würden aus Mitteln des Bundes 50 Millionen DM und aus württemberg-badischen Mitteln 25 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Außerdem werde der Bund weitere 7,2 Millionen DM bereitstellen, mit denen Wohnungen für die rund 8000 Flüchtlinge gebaut werden sollen, die Nordwürttemberg noch aufnehmen müsse. Ulrich erklärte, daß im Rechnungsjahr 1950 der Aufbau von mehr als 20.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werde. Die Mittel sollten vorwiegend zur Deckung des unrentierlichen Bauaufwandes verwendet werden. Im Gegensatz zum Vorjahr müßten die Zuschüsse voraussichtlich mit 1 bis 2 Prozent verzinzt und mit einer einprozentigen Rückzahlungsrate getilgt werden. Die rückläufigen Gelder würden wieder dem Wohnungsbau zufließen. Im Rechnungsjahr 1949-50 sei der Aufbau von 32.000 bis 34.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Wenn jedes Jahr so viele Wohnungen erbaut werden könnten wie im vergangenen Jahr, so werde Württemberg-Baden die Wohnungsnote in 10 bis 12 Jahren überwunden haben.

Zehn Jahre! Selbst wenn man den Optimismus des Innenministers teilen könnte, ein schwacher Trost für die Wohnungssuchenden, die solange warten müßten, bis auch mal Minderbemittelte auf normale Weise zu einer Wohnung kommen können.

„Wohnungsamt, das Amt der Armen“, hat ein Heimkehrer auf einer Karlsruher Heimkehrer-Tagung das Wohnungsamt bezeichnet. Da für Leute mit Geld heute kaum

noch Wohnungsschwierigkeiten bestünden, müsse das Wohnungsamt für alle diejenigen sorgen, die keine Baukostenzuschüsse geben könnten und somit nicht aus eigener Kraft zu einer Wohnung kämen. Bei den derzeitigen Machtverhältnissen werden die Bestrebungen der DVP und CDU bald dazu führen, durch Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung auch diese Stütze den Armen zu rauben. Bekanntlich hat ja die CDU bei der Behandlung des Wohnbauprogramms im Ausschuss eine 20-prozentige Erhöhung der Mietpreise für Altbauwohnungen zugunsten des weiteren Wohnbaues vorgeschlagen. Abgeordneter Ruess (KPD) wies mit Recht darauf hin, daß bei einem weiteren Rückgang der Summen für den Wohnungsbau, wie er sich schon bei dem Vergleich zwischen 1949 und 1950 abzeichnet, diese Annahme sehr gewagt sei. Bei der Debatte über den Antrag des kulturpolitischen Ausschusses betr. Maßnahmen gegen Schmutz- und Schundliteratur trat wieder einmal das Bestreben der bürgerlichen Parteien zutage, mit Hilfe eines Schund- und Schmutzgesetzes die fortschrittlichen Strömungen auf kulturellem Gebiet zu kastrieren. Dieses Eindrucks konnte man sich vor allem bei der Rede des Abg. Theiß (CDU) nicht erwehren, der mit einer seiner üblichen Hetzreden gegen die Kommunisten zu verschleiern suchte, daß es ihm und seinen politischen Freunden gar nicht so sehr um die Beseitigung der Gefährdung der Jugend, als vielmehr um eine Knebelung der freien Meinungsäußerung geht. Wege zu einer Wohnung kommen können. Mächtigkeiten auf und zeige klar die

Ursachen, die zum moralischen Niedergang nicht nur der Jugend, sondern aller Altersklassen geführt haben und der nicht mit Gesetzen, sondern nur durch eine Aenderung der Existenzbedingungen unseres Volkes beseitigt werden kann.

Gegen die Stimmen der SPD und KPD wurde ein Antrag angenommen, der auf eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene hinausläuft. Von Potsdam zu Hedler Den Schluß der Landtagssitzung bildete im stark gelichteten Haus die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Abschluß der Entnazifizierung. Wie nicht anders zu erwarten, versuchte vor allem die DVP ihre Schuld für das Scheitern der Entnazifizierung von sich abzuwälzen. Wieder war es der Abg. Leibbrand (KPD), der aufzeigte, wo die eigentlichen Ursachen für das Versagen der Entnazifizierung liegen. 1945 seien sich in Potsdam alle Alliierten darüber einig gewesen, daß eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine Entnazifizierung Deutschlands die Entmachtung des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer sein müsse. Die Entwicklung in Westdeutschland habe aber einen Weg genommen, bei dem man von allem anderem als von einer Demokratisierung sprechen könne. Heute regierten in Westdeutschland bereits wieder die Kräfte, denen Deutschland den Nazismus zu verdanken habe. Die Kommunistische Partei habe schon lange vor dieser Entwicklung gewarnt und die weitere Mitarbeit an der zur Komödie gewordenen Entnazifizierung abgelehnt. Die Regierungsparteien müßten nun auch die Verantwortung dafür übernehmen, daß durch ihre Praxis die Entnazifizierung in eine ausweglose Sackgasse geraten sei.

Worauf Dr. Theiß hinauswill Bei der Debatte über den Antrag des kulturpolitischen Ausschusses betr. Maßnahmen gegen Schmutz- und Schundliteratur trat wieder einmal das Bestreben der bürgerlichen Parteien zutage, mit Hilfe eines Schund- und Schmutzgesetzes die fortschrittlichen Strömungen auf kulturellem Gebiet zu kastrieren. Dieses Eindrucks konnte man sich vor allem bei der Rede des Abg. Theiß (CDU) nicht erwehren, der mit einer seiner üblichen Hetzreden gegen die Kommunisten zu verschleiern suchte, daß es ihm und seinen politischen Freunden gar nicht so sehr um die Beseitigung der Gefährdung der Jugend, als vielmehr um eine Knebelung der freien Meinungsäußerung geht. Wege zu einer Wohnung kommen können. Mächtigkeiten auf und zeige klar die

prozent und Münz- und Falschgeld-Delikte um 70 Prozent zurückgegangen sind. Ein besonders trübes Bild ergibt die polizeiliche Kontrolltätigkeit hinsichtlich der Ueberwachung gegen Verstöße der Verordnung zum Schutz der Jugend. Bei insgesamt 2233 Jugendkontrollen wurden 1383 Jugendliche angezeigt und 2993 verwahrt. Verstöße gegen den Besuch von Wirtschaften und öffentlichen Tanzveranstaltungen von Jugendlichen unter dem gesetzlichen Alter haben sich um rund 400 Fälle vermehrt. Sehr hoch ist auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit Todesfolge, die mit sieben angehen und, immerhin sind es 115 Verkehrsunfälle in diesen beiden Wochen gewesen, bei denen Personenschäden leichter oder schwerer Art zu verzeichnen waren. Sechzehn Freitode und 14 Freitodversuche werden außerdem in diesem Tätigkeitsbericht gemeldet. Danach hat sich die Zahl der Freitode um 300 Prozent und die der Freitodversuche um 100 Prozent erhöht.

## Nächtlicher Überfall von amerikanischen Soldaten

Deutsches Mädchen vergewaltigt - Ausplünderung und Mißhandlungen im offenen Lokal

Bad Brückenau. In einer der letzten Nächte fand in Bad Brückenau ein Überfall amerikanischer Soldaten auf Deutsche statt. Zwei amerikanische Soldaten bedrohten den Wirt mit vorgehaltener Pistole und hielten auch damit die Gäste in Schach. Der eine Soldat plünderte dabei die Gäste aus. Während dem vergewaltigte ein dritter Soldat, der mit den beiden anderen vorher auch in das Lokal gekommen war, ein deutsches Mädchen. Zufällig war eine Deutschamerikanerin, die auf Besuch in ihrer Heimat weilte, in dem Lokal. Sie machte den amerikanischen Soldaten Vorhaltungen über ihr unmögliches Benehmen, doch konnte sie damit nichts erreichen. Ein Gast wurde durch Schläge mit der Pistole verletzt.

## Zahl der Verbrechen erhöht sich

Karlsruhe. Wie aus dem Tätigkeitsbericht der Landespolizei Nordbaden für die Monate Januar u. Februar 1950 hervorgeht, hat sich die Zahl der Verbrechen und Vergehen wieder das Leben um 30 Prozent gegenüber den Monaten November und Dezember erhöht. Die Eidesdelikte haben sogar um 100 Prozent und die Brandstiftungen um 150 Prozent zugenommen. Eine leichte Abnahme ist lediglich bei den Eigentumsdelikten (sieben Prozent) festzustellen, während Urkundenfälschungen um 25 Prozent, Sittlichkeitsdelikte um 40

## Stadtverwaltung Weinheim versucht Entlassungen vorzunehmen

Weinheim. Wie wir erfahren, will die Stadtverwaltung Weinheim ungefähr 25 bei ihr beschäftigte Arbeiter entlassen mit der Begründung, daß es sich bei den Betroffenen um nicht vollwertige Arbeitskräfte handle. Ohne überhaupt den Betriebsrat zu unterrichten, trug der Oberbürgermeister Engelbrecht die Angelegenheit dem Personalausschuss vor. Erst als Mitglieder des Personalausschusses um die Stellung des Betriebsrates fragten, informierte man denselben und vertagte die Angelegenheit.

Bezeichnend ist, daß der OB, der erst vor kurzem bei der Wahl des Fachgruppenvorstandes sein gewerkschaftliches Herz entdeckte, indem er versuchte, mit einigen „Gewerkschaftlern“ einen angenehmen Vorstand zusammenzubringen, nicht „wußte“, daß der Betriebsrat bei Entlassungen auch etwas mitzureden habe. Der Betriebsrat selbst hat nun, nachdem die Stadtverwaltung an ihn herangetreten ist, jede Entlassung abgelehnt. Damit hat er die einzig richtige Entscheidung getroffen. Er hat sich nicht auf das Argument der Stadtverwaltung eingelassen, daß erstens kein Geld vorhanden wäre und zweitens es sich bei diesen Arbeitern doch um minderwertige Arbeiter handeln würde. Die ganze Zeit her waren diese Arbeitskollegen ja auch nicht „minderwertig“. Die Stadtverwaltung, an ihrer Spitze Dr. Engelbrecht, hat versucht, die Arbeiter der Stadt in gute und schlechte zu spalten, in der Hoffnung, daß die Kollegen, die unter die Kategorie gut gefallen sind, an dem Schicksal ihrer zu entlassenden Arbeitskollegen keinen Anteil nehmen würden.

Der Betriebsrat und die Arbeiter haben aber klar erkannt, daß die Argumentation von seiten der Stadtverwaltung gesucht ist, und daß bei einer Zustimmung des Betriebsrates in diesem Fall der Auftakt gegeben wäre, noch weitere Entlassungen vorzunehmen. Unter die dann wahrscheinlich auch solche Arbeiter fallen würden, die heute noch zu den guten Arbeitskräften gehören, die dann aber totschier auch wieder unter den Begriff „minderwertig“ fallen würden. Erwerblosensversammlung in Weinheim. Die Erwerblosensversammlung, die am Mittwoch in der „Eiche“ stattfand, wählte ihren endgültigen Vorstand. Es mögen ungefähr 150 Arbeitslose gewesen sein, die diesmal dem Ruf der Gewerkschaft gefolgt sind. Auch in dieser Versammlung waren sich die Erwerblosen darin einig, daß es erste Aufgabe des Erwerblosenausschusses sein muß, zusammen mit den Gewerkschaften für ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu kämpfen. Es kam ganz

## Den Staat um 170.000 DM geprellt

Eine der größte Betrugsaffären der Nachkriegszeit wurde nunmehr durch die Verurteilung des Angeklagten Friedrich Kahler geklärt. Wir berichteten bereits am Dienstag, den 14. März darüber.

Friedrich Kahler, ein abgefahreter Schwindler, hatte es verstanden, zusammen mit seinem im Dezember verstorbenen Bruder Johann für einen angeblich geplanten Bau eines Edelgipswerkes einen staatsverbürgten Kredit in Höhe von 165.000 DM zu bekommen. Außerdem gab ihm die Badische Bank, wohl gestützt auf die Förderung, die Kahler durch den Staat genoss, zusätzlich noch 22.000 DM. Die Kahler waren Flüchtlinge, die über ein dem Bankrott nahestehendes Baustoffwerk verfügten. Den Hauptteil des Kredits führten sie diesem Baustoffwerk zu, kauften einen Lastkraftwagen mit Anhänger und sonstige bei der Kreditgebung nicht vorgesehene Dinge. Persönlich trieben sie einen außerordentlich aufwendigen, mittels falscher Bilanzen und Empfehlungsschreiben, die für ganz andere Zwecke be-

stimmt waren, konnten sie ihren Betrug durchführen. Einige falsche Titel taten dazu noch das übrige. Selbstredend waren sie früher schwerreiche Leute, die durch die Ausweitung ihres verloren haben und ein erdichtetes Guthaben von 450 sfr. öffneten manche verschlossene Tür.

Nach Genehmigung der Kredite führten die beiden ein flottes Leben. Sie schafften sich für 8500 DM ein Auto an, verrechneten in den Büchern allein an Reisekosten 8250 Mark, schrieben sich monatliche Spesen von 6000 Mark aus und wollen für Bezeichnungsgelder (ein Zeichen unserer Zeit) 10.800 Mark ausgegeben haben. Eine feine Firma! Sie gaben in neun Monaten 53.775 Mark aus. Das Land Württemberg-Baden muß nun für den durch das Land verbürgten Kredit aufkommen. Der Schaden beläuft sich auf 170.000 DM. Die Konkursgläubiger haben 220.000 DM angemeldet.

Der Prozeß wurde in Mosbach verhandelt. Er dauerte 8 Tage und fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Friedrich

Wegen Beleidigung vor dem Friedensgericht Mannheim. Der Klügere gibt nach heißt zwar nicht, daß dieser sich in jedem Falle stillschweigend alles gefallen lassen muß. „Besser dran ist aber der Teil, der bei Zänkereien tunlichst das Maul hält“ meinte der Vorsitzende des Friedensgerichtes.

Im vorliegenden Falle schienen Ausdrücke wie „Zigeuner“ und „Tagdieb“, die von seiten der Beklagten gefallen waren, zu den nobelsten gezählt zu haben. Die Angeklagte und ihr Ehemann hatte mit ihrem Mietsherrn in fortwährendem Streit gelebt. Ob dieser letztere bevor und während ihm die Angeklagte mit den bereits zitierten Kosename überhäufte, seinen Gefühlen durch völlige Schweigsamkeit Ausdruck verliehen hatte, blieb während der Beweisaufnahme dahingestellt. Während sich jedoch der angeklagte Ehemann vor Gericht ziemlich sachlich und ruhig benahm, hätte es seiner besseren Hälfte besser angestanden, im eigenen Interesse die Kostproben ihrer Beredsamkeit nicht ausgerechnet vor den Schranken des Friedensgerichtes zur Geltung bringen zu wollen.

Da das Friedensgericht, die Beleidigungen für erwiesen erhielt, erging an die Angeklagten eine Verurteilung, mit der Verpflichtung an beide Teile die eigenen Kosten des Verfahrens zu übernehmen.

## Wird die Nachfolgerfirma die entlassenen

Steg-Arbeiter übernehmen? Mannheim. Wie wir in unserer gestrigen Ausgabe schon darauf hinwiesen, sollten die bei der Steg im Lager Sandhofen entlassenen Arbeiter eine einmalige Ueberbrückungsbefehle von 50 DM erhalten. Das Arbeitsgericht hat in den diesbezüglichen Verhandlungen diese Summe anerkannt, gleichzeitig wurde von der Steg die Versicherung gegeben, man werde sich dafür einsetzen, daß die im Lager Sandhofen entlassenen Arbeiter nach Möglichkeit bei der Übernahme der Baulichkeiten durch eine andere Firma von dieser beschäftigt werden sollen.

Es bleibt im Interesse der betreffenden Arbeitslosen zu hoffen, daß die Einhaltung dieser Zusage sich möglichst machen läßt.

## Unerwartet hohe Gefängnisstrafen

Mannheim. Wir berichteten bereits in unserer Ausgabe vom 14. März 1950 über die Holzdiebstahlsaffäre, die vor dem amerikanischen Distriktsgericht in der Viktoriastraße verhandelt wurde. Danach waren sieben Deutsche des Sperrholzdiebstahls u. a. aus dem US-Depot bei der Kaserne in Schwetzingen angeklagt. Die Verhandlungen, für die mehrere Termine angesetzt wurden, konnte nunmehr am Dienstag beendet werden. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte schuldig und verurteilte sie zu folgenden Gefängnisstrafen:

Gerhard S. 4 Jahre Gefängnis, Gerhard M. 3 Jahre 4 Monate Gefängnis, Ferdinand B. 2 Jahre 8 Monate Gefängnis, Herbert S. 2 Jahre Gefängnis, Philipp F. 15 Monate Gefängnis, Friedrich R. 19 Monate Gefängnis, Kurt S. 1 Jahr Gefängnis, wovon 3 Monate suspendiert wurden.

Die Verteidigung lehnte es ab, auf mildernde Umstände zu plädieren, da alle sieben Verurteilten ausdrücklich, wie bereits am ersten Tag der Verhandlung, so auch am Dienstag, erklärten, nicht schuldig zu sein.

## Fritz Busch lehnt ab

Mannheim. Da aus Informationen, die der Stadtverwaltung aus Theaterkreisen zu gegangen sind, zu entnehmen war, daß Fritz Busch nach Deutschland zurückkehren beabsichtige, hat Oberbürgermeister Dr. Heimrich, Mannheim, Fritz Busch die musikalische Oberleitung für Oper und Konzerte in Mannheim angeboten. Fritz Busch hat nunmehr in einem freundlich gehaltenen Telegramm geantwortet, daß er dem Rufe leider nicht folgen könne. Gleichzeitig wünschte er den Bemühungen um die Neubesetzung des Mannheimer Dirigentenpostens einen vollen Erfolg.

## Bundesbahn will wieder „Obstzüge“ einsetzen

Karlsruhe. (Iwb) Zum erstenmal seit Kriegsende will die Bundesbahndirektion Karlsruhe in diesem Sommer wieder sogenannte „Obstzüge“ einsetzen. Durch die Schaffung von Eilgüterzugsverbindungen und den Einsatz von Obstzügen soll das Obst aus Nord- und Südbaden auf dem schnellsten Wege nach Nord- und Westdeutschland befördert werden. Die Karlsruher Bundesbahndirektion will außerdem eine Eilgüterzugverbindung nach Hannover und nach Hamburg herstellen.

Kahler, der nun allein vor den Gerichtsschranken stand, wurde zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Bezeichnend ist, daß erklärt wurde, daß der Haftbefehl weiter bestehen bleibe, da Fluchtbefehl bestche. Hat Kahler verstanden, auch das Gericht zu überreden, weil man so sanft mit ihm umgeht? Bei einem kleinen Manne wäre keinen Augenblick der Gedanke gekommen, ihn etwa auf freien Fuß zu lassen. Auch das Strafmaß läßt auf ein weites Verständnis für diesen Gauner schließen. Es sind ja Staatsgelder, was tats da schon.

# Erneute Fehlentscheidung des Heidelberger Stadtrats

### Mit knapper Mehrheit für die Spielbank entschieden — Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden auch dadurch nicht gelöst

Heidelberg. Wer den Riesenandrang bei der letzten Stadtratssitzung erlebte, könnte auf den Gedanken kommen, daß von der Errichtung der Spielbank in Heidelberg das Wohl der Stadt abhängt. Man hatte den Eindruck, als ob in Heidelberg kein wichtigeres Problem zu lösen sei, als die seit Wochen heißdiskutierte Spielbankfrage. Mit allen Mitteln der Meinungsbeeinflussung versuchten sich zwei Monate gewisse Kreise, Heidelberg die Notwendigkeit einer Spielbank aufzuschwätzen und das Abstimmungsresultat (17 für, 15 dagegen) scheint zu bestätigen, daß ihnen das bei einem großen Teil des Stadtrates gelungen ist. Die Frage des ungeheuren Wohnungselends in Heidelberg, die Tatsache, daß diese Stadt an erster Stelle in Württemberg-Baden bei dem Heer der Arbeitslosen steht, schien — nach der Kürze der Debatte über diese Punkte zu urteilen — von geringerer Bedeutung zu sein, als die Spielbank-Angelegenheit, bei der sich eine zweieinhalbstündige Debatte ergab zu der der Oberbürgermeister Dr. Swart eine mehr als halbstündige Einführungsrede verband.

Keinen Stuhl gab es mehr im Sitzungssaal, sogar Fensterbänke und Dampfheizungen waren belegt, als kurz nach 16 Uhr der OB die Sitzung eröffnete. Schon am Außenrand vieler Besucher konnte man die späteren Beifallsspenden für die Befürworter der Spielbank erkennen, und verhältnismäßig wenig Teilnehmer an dieser Stadtratssitzung, die der breiten Schicht der schaffenden Bevölkerung angehören, waren im Publikum festzustellen.

Zunächst wandte sich der Stadtrat der Möglichkeit, verstärkt Notstandsarbeiten in Heidelberg durchzuführen, zu, und hierbei mußte man von OB erfahren, daß alles, was seither geplant wurde, am Fehlen der notwendigen Gelder scheiterte. Das „große Bahnprojekt“ wurde wieder einmal aus der Kiste hervorgezaubert und auch sonst viel Zukunftsmusik gemacht. Von weiteren amerikanischen Wohnblöcken, vom Umbau des Kohlhofs durch die Landesversicherungsanstalt, vom „Anlaufen“ des Wohnungsbauprogrammes der Stadt Heidelberg wurde gesprochen und gewürzt waren diese verlockenden Melodien mit einer Menge von Zahlen, mit denen Oberbürgermeister Hussong um sich warf. Dem aufmerksamen Zuhörer jedoch entging nicht, daß in seinen Sätzen das Wort „voraussichtlich“ oder die Bemerkung „wenn wir die notwendigen Mittel dazu erhalten“ zu hören war.

Stadtrat Engelhardt zitierte treffend das Goethewort „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ und forderte vom Stadtrat energische Maßnahmen zur

Arbeitsbeschaffung und stellte den Antrag, an das Land heranzutreten, damit Heidelberg zum Notstandsgebiet erklärt werde. Der Oberbürgermeister hielt diesen Vorschlag im Hinblick auf Heidelberg Stellung als sehr gefährlich, womit sich seine Argumentation für dessen ganzen Fragenkomplex im wesentlichen erschöpfte hatte.

Anschließend wurde die Frage des sozialen Wohnungsbaus in Heidelberg zur Sprache gebracht. Man rechnet dieses Jahr nur mit zwei Millionen Staatszuschuß, was aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein könnte, wurde erklärt, aber dennoch finde man im Voranschlag für das kommende Haushaltsjahr keinen Pfennig, der dem Wohnungsbau zugedacht sei, erklärte Stadtrat Rausch und forderte deshalb die Streichung gewisser Geldmittel, die im neuen Haushaltsplan für weniger wichtige Dinge vorgesehen sind.

Stadtrat Böning (KPD) erklärte, daß alle diese Fragen zu lösen wären, wenn Heidelberg nicht durch die ungeheure Summe an Besatzungskosten jede Initiative genommen würde. Es sei außer Zweifel, daß mit der Verwendung von 4,5 Milliarden Besatzungskosten für den Wohnungsbau die große Wohnungsnot in Deutschland entscheidend gelindert werden könnte. Er forderte deshalb den Stadtrat zum Protest gegen die Besatzungskostenhöhe auf, worauf der OB und viele bürgerliche und leider auch sozialdemokratische Stadträte nichts anderes zu erwidern hatten, als daß das nicht in unserer Macht stünde, ja der OB machte die „geistreiche“

Bemerkung, daß wir uns nicht wichtiger machen sollten als wir sind. Die Forderung auf Abzug der Besatzungstruppen ist für alle diese Herren natürlich ein heißes Eisen, das sie nicht anzufassen wagen in falscher Spekulation auf ihr eigenes Ich und die Sicherung ihrer weiteren politischen Existenz.

Nachdem diese beiden Punkte der Tagesordnung dem „zuständigen“ Finanzausschuß überwiesen wurden, kam endlich jener Punkt zur Sprache, auf den seit über einer Stunde verschiedene im Saal sehnsüchtig gewartet hatten. Der OB verstärkte die bisherigen Argumente noch mit dem zukünftigen „Radiumkurhotel“, das in Verbindung mit der Spielbank errichtet werden soll, und machte längere juristische Ausführungen über den Querschuß, der am Tage vorher von der Südwestdeutschen Spielbank K. G. losgelassen wurde.

In der Debatte fragte Professor Kunkel, ob Heidelberg den Ehrgeiz habe, ein Kulturzentrum der Halbwelt zu werden. Stadtrat Goßler sprach von der „Stadt der verpöflten Gelegenheiten“ und warnte davor, diese „große“ Gelegenheit erneut zu verpassen. Stadtrat Rausch (SPD) fürchtete die Vorwürfe der Bevölkerung, wenn die Spielbank vielleicht infolge Ablehnung nach Zielhausen oder Schwetzingen käme.

Stadtrat Böning legte den Standpunkt der KPD dar, die der Spielbank ihre Zustimmung nicht geben kann, denn „wir dürfen nicht zulassen, daß der Arbeitslose nicht weiß, wovon er leben soll, während eine Handvoll Nichtstuer hier an einem Abend mehr verspielt, als der Arbeitslose vielleicht im ganzen Jahr zum Leben hat“.

Trotz dieser Ermahnungen stimmte der Stadtrat für die Spielbank. Von der CDU waren es die Stadträte Fehrer, Dittion, Nonda, Spieglhalder, Jost und Weiß, von der DVP Heizer, Knab, Steinbrenner, Hofheinz und Goßler und von der SPD Rausch, Schück, Wladarsch, Vöitiner, März und Forstmeier, die für die Spielbank stimmten, während die geschlossene KPD-Fraktion, die Neue Partei und von der CDU Gräf, Hampe, Beck und Krall, von der DVP Kunkel, Satorius und Walz und von der SPD nur die drei Stadt-

räte Engelhardt, Feigenbutz und Ziegler dagegen stimmten. Der Vorsitzende der SPD Kilger, verließ während der Abstimmung vorübergehend den Saal, wodurch seine Stimme ausfiel.

Der jetzigen Zusammensetzung des Stadtrates hat die Heidelberger Bevölkerung die Speiseeissteuer, die Kinosteuer, die nicht gedeckte Erhöhung des Theaterzuschusses und jetzt die fragliche Angelegenheit der Spielbank zu verdanken. Es wird notwendig sein, sich dieser Dinge bei der kommenden Stadtratswahl gut zu erinnern.

## Der Polizeihund kam nicht mehr weiter...

### denn der Regen hatte die Spur verwischt und der Handtaschenräuber konnte entkommen

Heidelberg. Im letzten Wochenbericht der Kriminalpolizei wird ein schwerer Raubüberfall gemeldet, der sich vor einigen Tagen in den Abendstunden an der Zubringerstraße vor Autobahn Karlsruhe-Mannheim zutrug. Von einem bisher unbekanntem Mann wurde an dieser Stelle eine 47jährige Frau angefallen, der ihr die Handtasche entriß und in Richtung Kirchheim das Weite suchte. Zum Glück kann der Dieb mit seinem Raub nicht viel anfangen, denn in der Tasche befanden sich hauptsächlich Bauspapiere.

Ein Polizeihund wurde sofort auf die Spur gesetzt u. das Tier konnte zunächst auch den Weg des Räubers bis zur Pleikartsforsterstraße verfolgen, verlor jedoch durch einsetzenden Regen die Spur, so daß man des Handtaschenräubers nicht habhaft werden konnte.

## Ist das Verhalten des „Falken“-Vorsitzenden richtig?

Heidelberg. Mit welchen Mitteln Jugendliche unter Druck gesetzt werden, die sich für das Deutschlandtreffen der Jugend einsetzen, geht aus einem Brief hervor, den der 1. Vorsitzende der „Falken“ einem Mitglied seiner Organisation übersandt hat. Wir wissen aber auch, daß sich die einfachen Mitglieder der „Falken“ dadurch nicht abhalten lassen werden, alles zu tun, um die gemeinsamen Ziele der Jugend zu vertreten.

Kein vernünftiger Jugendlicher, kein „Falken“-Mitglied wird hinter dem Kampf um bessere Lebensbedingungen, um die Einheit Deutschlands und den Frieden Ziele sehen, mit denen er nicht einverstanden sein könnte. Wenn der 1. Vorsitzende H. Brückner davon spricht, daß „wir“ (spricht er wirklich im Auftrag und im Namen der gesamten „Falken“-Organisation) jegliche Unterstützung der Ziele der kommunistischen Erzieher, Deutschen Jugend, ablehnen, so müssen wir ihm sagen, daß in vielen anderen Orten ganze „Falken“-Gruppen mit nach Berlin fahren, weil sie sehen, daß man mit dem guten Willen der Zusammenarbeit weiterkommt, als mit kleinlich engstirnigen Behauptungen.

Weder die Welle der Arbeitslosigkeit noch die Bombe aus einem Kriegsflugzeug wird fragen, ob du bei den „Falken“, der Jugend oder in der FDJ organisiert warst. Alle müssen wir gemeinsam Anstrengungen machen, um Arbeitslosigkeit und Krieg abzuwenden. Ist Herr Brückner nicht auch der Meinung?

Nachstehend die Abschrift des Schreibens des Vorsitzenden des „Falken“-Unterbezirks Heidelberg, in dem dem „Falken“-Mitglied sein Ausschluss mitgeteilt wird:

An XXX!  
Wir haben Dich heute mit sofortiger Wirkung aus unserer Bewegung ausgeschlossen. Gegen diesen Beschluß kann beim Vorstand der soz. Jugend „Die Falken“, Bezirk Baden“ Einspruch erhoben werden.  
Begründung: Obwohl Dir bekannt war, daß unsere Bewegung den „March“

## Hättest Ihr's genau so gemacht?

Da gibt es im Landkreis Heidelberg eine kleine Ortsgruppe, die wöchentlich 58 Wochenzeitungen des „Badischen Volksecho“ bezieht. Durch ein Versehen im Vertrieb wurde dieser Ortsgruppe direkt von Mannheim 58 Zeitungen geschickt und da Heidelberg davon nichts wußte, bekamen die Nußlocher Genossen auch noch einmal 58 Zeitungen aus Heidelberg.

Was glaubt Ihr wohl, was unsere Nußlocher Genossen gemacht haben? Sie haben nicht etwa die 58 Zeitungen, die sie nun mehr hatten, zurückgeschickt, sondern sie haben die doppelte Anzahl verkauft und was mancher vorher für unmöglich hielt, hat sich nun doch durch den Einsatz aller Genossen als durchführbar erwiesen.

Zeigt dies Beispiel nicht, daß wir weit mehr „Volksecho“ eritreien können, wenn wir uns ernstlich darum bemühen?

Außerdem meldet der Bericht einen schweren Autounfall, der sich auf der Autobahn Heidelberg-Mannheim ereignete. Ein mit vier Personen besetzter Pkw aus Coburg wollte eine amerikanische Armee-Fahrzeugkolonne überholen, als plötzlich ein amerikanischer Wagen aus der Kolonne herausfuhr und im gleichen Augenblick mit dem Pkw zusammenstieß, wobei der Fahrer des Wagens, ein Coburger Ingenieur, den Tod fand. Die übrigen Insassen wurden leicht verletzt, während seine neben ihm sitzende Frau schwere Verletzungen erlitt. Zwei wegen Betrug und Diebstahl von Erzfurt gesuchte Männer konnten dieser Tage bei einer Kontrolle im Bahnhofsgebäude festgenommen werden. Sie waren reichlich ausgestattet mit fabrikneuen Waren an Likörgläsern, Likörkrügen und Weingläsern, insgesamt 188 Stück.

der kommunistischen Jugend nach Berlin und deren Methoden auf das schärfste ablehnt, hast Du innerhalb der „Falken“-Bewegung für diese „Sache“ geworben. Der Unterzeichnete hat sich mit Dir unter Zeugen über die Haltung der FDJ und deren Ziele unterhalten und Dich über den wahren Sachverhalt aufgeklärt. Er hat es Dir dabei freigestellt, von Deiner Person aus in dieser Frage zu tun, was Dir beliebt. Als „Falken“ lehnen wir jedoch jegliche Unterstützung der Ziele der kommunistischen FDJ ab und betrachten alle Jugendlichen, die sich mit dieser Jugendorganisation solidarisch erklären, als nicht mehr zu uns gehörend.

gez. Heinz Brückner  
1. Vors. der „Falken“ soz. Jugendbew. v. Heidelberg sow. Nord- u. Südbaden.  
Mitgliedskarte u. a. sind sofort zurückzugeben.

Bedarf dieses Schreiben wirklich noch eines Kommentars?  
Bazar der Arbeiterwohlfahrt in Karlsruhe  
Die Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe macht schon heute darauf aufmerksam, daß in den Tagen vom 1. bis 3. April 1950 im Hause Kronenstraße 15 ein großer Bazar stattfindet. Die verschiedensten Kleidungsstücke, hergestellt von den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in den Nähstuben der Arbeiterwohlfahrt, kommen zur Ausstellung und werden ab Sonntag bei außerordentlich günstigen Preisen verkauft. Allerlei Überraschungen werden geboten, auch für das Wohl des Magens ist Sorge getragen.

Die Eröffnung findet am Samstag nachmittag um 14 Uhr statt. Die Bevölkerung ist hierzu herzlich eingeladen.

„Spitzer Turm“ bei Wertheim wird Aussichtsturm

Wertheim. (Iwb) Der früher als Jugendheim benutzte „Spitzer Turm“, der nach Kriegsende stark verfallenen war, wird jetzt vom Verkehrsverein Wertheim mit eigenen Mitteln zu einem Aussichtsturm ausgebaut. Von der Spitze bietet sich ein schöner Blick auf das Frankenland.

## Arbeitslosigkeit — Hauptproblem Heidelbergs

### 16558 Arbeitslose — Der Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosenzahl erhöht sich immer mehr

Heidelberg. Wer sich etwas näher mit dem Bericht über die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg für den vergangenen Monat beschäftigt, ist nicht nur von der inzwischen erreichten Zahl 16558 betroffen, sondern auch vor allem von den darin enthaltenen Einzelheiten über die Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, die erneut beweisen, daß es sich bei dieser Höhe der Arbeitslosigkeit keineswegs um ein vorübergehende oder gar saisonbedingte Erscheinung handeln kann.

So ist beispielsweise in der Metallindustrie, von der der Bericht im gleichen Atemzuge behauptet, daß sie die Wirtschaftskrise relativ gut überstanden habe, die Zahl der Arbeitslosen von 1163 auf 1299 angewachsen, und von den acht offenen Stellen, die hier verzeichnet werden, kann man sicher nicht als von einer „Stellenreserve“ sprechen. Nach diesem Bericht haben die Deutschen Wörner-Werke, Maschinenfabrik in Heidelberg, zum 3. März 1950 wegen Arbeitsmangel 18 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen entlassen. Auch andere Unternehmen mußten zu Entlassungen übergehen. Der Bericht bezeichnet es „als recht auffallend“, daß auch im Februar wieder Heizungsmonteure arbeitslos wurden.

Auch bei der Holzverarbeitenden Industrie wird festgestellt, daß seit einigen Wochen eine Verschlechterung in diesem Teil der Wirtschaft zu bemerken sei, und von der Bekleidungsindustrie wird die Beschäftigungslage sowohl in den handwerklichen wie in den industriellen Betrieben als unbefriedigend bezeichnet. Auch in der Schuhindustrie sei keine allgemeine Besserung

eingetreten. Die Firma Peki-Kleidung in Heidelberg-Wieblingen hat 13 Frauen wegen Auftragsmangel entlassen.

Zwar ist die Zahl der arbeitslosen Frauen um rund 140 zurückgegangen, jedoch wurden dagegen nahezu 1000 Männer mehr als arbeitslos auf dem Arbeitsamt registriert. Insgesamt wurden am Ende des Monats Februar 1950 10 815 arbeitslose Männer und 5742 arbeitslose Frauen im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Heidelberg gezählt.

Sehr aufschlußreich ist die altersmäßige Zusammensetzung der Arbeitslosen und die prozentuale Verschiebung dieser Altersklassen während des letzten halben Jahres. So hat sich beispielsweise der Anteil der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre von 21,8 Prozent im August auf 23,5 Prozent Ende Februar erhöht. Bei allen anderen Altersklassen hingegen ist ein leichtes Absinken des prozentualen Anteils festzustellen. Das zeigt, daß immer mehr die Tendenz festzustellen ist, daß die Arbeitslosigkeit besonders die Jugend trifft. Hier ergibt sich die Frage, ob dies Zufall oder Absicht ist. Nach einer kürzlichen Mitteilung der Pressestelle der Caritas in Freiburg im Breisgau erfahren wir, daß in Westdeutschland mindestens 480 000 Jugendliche ohne Arbeit seien, und wir werden es auch dieses Jahr wieder erleben, daß es für den größten Teil der entlassenen Volksschüler keine Lehrstellen gibt.

Während eine kleine Schicht von Nutznießern mit Hilfe des Marshallplans über Nacht zu Westmark-Millionären geworden ist, wissen andererseits Millionen von Menschen und in Heidelberg über 16 000 nicht, wie sie ihr Leben noch fristen sollen. Auf der einen Seite Prunk und Prasserei in un-

erhöhtem Maße, auf der anderen Seite die Aussichtslosigkeit, das Schwinden jeglicher Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft bei der Masse der Werktätigen. Aber schon versucht man den „Ausweg“ schmackhaft zu machen, der sich stets für die kapitalistischen Chaospolitiker in solchen Zeiten findet: Arbeitsdienst und Militär.

Auch die von den Auswirkungen der Kolonialisierung Westdeutschlands in Heidelberg betroffenen Arbeitslosen werden erkennen müssen, daß nur der Kampf in der Nationalen Front ihren Arbeitsplatz sichern kann. Punkt 5, 6 und 7 des Programms der Nationalen Front zeigt allen, die entweder schon wöchentlich zweimal die Stempelstelle bevölkern oder darum bangen, in nächster Zukunft sich der Schlinge vor dem Arbeitsamt anschließen zu müssen, daß es möglich sein kann, jedem in Deutschland seine Existenz und sein Brot zu garantieren.

Im Rahmen der Nationalen Front den Kampf gegen den Ausverkauf und die Überfremdung deutscher Unternehmen durch die westlichen Imperialisten, durch die Beseitigung aller Beschränkungen, die unserem Handel auferlegt sind, durch die Entwicklung des Innenhandels zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland und durch die Förderung des deutschen Außenhandels mit der Sowjetunion, der chinesischen Volksdemokratie und den anderen Volksdemokratien als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands, zu führen, sichert den Arbeitsplatz und verhilft jeder deutschen Familie zum Brot. Der Kampf um die Einheit Deutschlands sichert die Lohnlücke.

**Badisches Staatstheater, Karlsruhe**  
Spielplan für die Zeit vom 26. März bis 2. April 1950

So., 26. März 10.45 Uhr	Vorstellung für die Gewerbeschule Karlsruhe und freier Kassenverkauf bei kleinen Preisen (—80 DM bis 3.10 DM): „Der Freischütz“, Romantische Oper von Carl Maria von Weber.
19.30 Uhr	Neueinstudierung: „Das Land des Lächelns“, Romant. Operette von Franz Lehár.
Mo., 27. März 18.00 Uhr	Vorstellung für die Karlsruher Schulen u. freier Kassenverkauf: „Hamlet“, Trauerspiel v. W. Shakespeare.
Di., 28. März 19.30 Uhr	Vorst. f. d. Volksbühne u. freier Kassenverk.: „Hochzeitsnacht im Paradies“, Operette von Friedrich Schröder.
Mi., 29. März 14.30 Uhr	„Kasperles lustige Streiche u. Abenteuer“, Ein Märchenspiel von Lola Ervig m. Musik v. Christian Stalling n. Colodis Kinderbuch (Pinocchio oder das hölzerne Bengel).
19.30 Uhr	15. Vorst. f. d. Platzmiete A u. freier Verk.: „Hamlet“, Trauerspiel von W. Shakespeare.
Do., 30. März 19.30 Uhr	15. Vorst. der Platzmiete C u. freier Verk.: Wiederaufnahme der Neuinszenierung „Ariadne auf Naxos“, Oper v. Rich. Strauß.
Fr., 31. März 14.30 Uhr	„Kasperles lustige Streiche u. Abenteuer“, Ein Märchenspiel v. Lola Ervig m. Musik v. Christian Stalling n. Colodis Kinderbuch (Pinocchio oder das hölzerne Bengel).
19.30 Uhr	Volksbühne und freier Kassenverkauf bei kleinen Preisen (—80 DM bis 3.10 DM): „Die Fledermaus“, Operette v. Joh. Strauß.
Sa., 1. April 14.30 Uhr	„Kasperles lustige Streiche u. Abenteuer“, Ein Märchenspiel v. Lola Ervig m. Musik v. Christian Stalling n. Colodis Kinderbuch (Pinocchio oder das hölzerne Bengel).
19.30 Uhr	„Das Land des Lächelns“, Romantische Operette von Franz Lehár.
So., 2. April 14.30 Uhr	9. Vorst. f. d. Fremdenmiete u. freier Verk.: „Der Bettelstudent“, Operette von Carl Millöcker.
19.30 Uhr	Bei kleinen Preisen (—80 DM bis 3.10 DM): „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni „Der Bajazzo“, Oper von Leoncavallo.

**Dekorationen  
Gardinen  
Polstermöbel  
Matratzen**

Wir können Ihnen durch unsere eigene Fabrikation jeden Sonderwunsch erfüllen.

**J. u. F. KRONENBERGER**  
Karlsruhe, Kaiserstraße 205

**Deckbett mit Federn**  
180 x 130 cm 57. — an  
**Kissen mit Federn**  
80 x 80 cm 17. — an



**Bettfedern**  
und Halbdunen

In 8 Preislagen von 2.50 bis 17. —  
Matratzen, Bettröste und Polstermöbel äußerst billig

**Spezial-Geschäft**  
**M. Kachur / Karlsruhe**  
Kaiserstraße 19, im Hof rechts

**Eisenwaren  
Gartengeräte  
Gartenmöbel  
Drahtgeflechte**

**Otto Stoll**  
Eisenwarenhandlung  
Amalienstraße 87 - Tel. 2103

**Beinschäden**, oft, Fußb., Fiechten, Furunkel, und alle Wunden sind heilbar durch **Ruschsalbe**. In Apotheken erhältlich. Prosp. gratis d. Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 13

**Möbelhaus  
Badenia**  
Karlsruhe Erbprinzenstr. 28 (am Ludwigplatz)

**Qualitäts-Möbel**  
Formschön und billig

**Sporthemden DM 7.95**  
Popelinehemden DM 12.50

**Bazar - Wächter**  
Karlsruhe, Vilsbiederstraße 21 u. Bruchsal, Schloßstraße 42

**MOBEL  
EHRFELD**  
am Rondellplatz  
KARLSRUHE

Für das Frühjahr!  
**Herren- und Knabenbekleidung**  
in vollendeter Form.

bei  
**Hettlage**  
dem großen Spezialgeschäft  
Karlsruhe, Kaiserstraße 50  
WKV-Ratenzahlung / Beamtenbank

Zeitersparnis das Gebot mit dem flinken Rad von Schrotz  
**Nur 5 DM Wochenrate**  
Kaiserpassage u. Kaiserallee 51a

**Hämorrhoiden sind heilbar**  
auch in schweren Fällen d. Ruzmasel (Salbe u. Zäpfchen). Tausendfach bewährt. In Apotheken erhältlich. Prosp. d. Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 132



# Für Feld und Garten



Dom 18. bis 20. Mai 1950

## Gesamtdeutsche Beratung der Land- u. Forstwirtschaft

Beschluß des Arbeitskreises in Hannover

Je 500 Teilnehmer aus dem Osten und Westen Deutschlands eingeladen

Am 21. 3. 1950 trat der gesamtdeutsche Arbeitskreis der Land- und Forstwirtschaft unter der Leitung von Oekonomierat Otto Vielhauer, Freiburg (Breisgau) und Prof. Dr. Mitscherlich, Berlin, zu seiner zweiten Sitzung in Hannover zusammen. Außer den Mitgliedern des Arbeitskreises aus allen Teilen Deutschlands nahmen auch Gäste aus Niedersachsen, darunter Landwirtschaftsminister Dr. Dr. Gereke und der bekannte Kartoffelzüchter von Kammecke, teil. Der niedersächsische Landtagsabgeordnete, Landwirt Arndt, eröffnete die Sitzung.

Mit starkem Beifall wurden die Begrüßungsworte von Minister Gereke angenommen. Der Minister bezeichnete es als Aufgabe aller verantwortungsbewußten und mutigen Menschen in Deutschland, unter Überwindung aller politischen Bedenken die Zusammenarbeit zwischen Ost und West durchzusetzen. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten auf wissenschaftlichem und praktischem Gebiet dazu. Von der Landwirtschaft müßte — nicht zum ersten Male — die bahnbrechende Tat zur deutschen Einheit ausgehen.

Nachdem durch das Sekretariat abgegebener Bericht hat die im Februar durchgeführte Tagung in Schierke in allen Teilen Deutschlands einen starken Widerhall gefunden, weil die gefaßten Beschlüsse dem Willen der deutschen Landwirtschaft nach einer gesunden Entwicklung in einem einheitlichen und unabhängigen Vaterland entsprechen. Aus zahlreichen Zustimmungserklärungen von Einzelpersonlichkeiten und von landwirtschaftlichen Organisationen des Westens und des Ostens geht das große Interesse an der Arbeit des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft hervor. In allen Teilen Deutschlands haben sich auf Länderbasis Ausschüsse zur Verbreiterung der Bestrebungen nach einer gesamtdeutschen Verständigung in der Landwirtschaft gebildet. Der auf der Schierker Tagung beschlossene Aufruf an die deutsche Landwirtschaft hat den Willen zur Mitarbeit geweckt. Die darin aufgestellten Forderungen können bei gemeinsamer Arbeit jederzeit verwirklicht werden und den Weg für eine einheitliche, gesunde deutsche Landwirtschaft ebnen.

Als Ergebnis der Auswirkungen der Schierker Konferenz wurde beschlossen, schon am 18. bis 20. Mai 1950 die gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft in Eisenach (Thüringen) durchzuführen.

Aus dem Osten und Westen Deutschlands sind je 500 Teilnehmer eingeladen, wobei alle Kreise der Land- und Forstwirtschaft, vor allem die Bauernschaft, berücksichtigt wurden. Ueber die Themen „Entwicklung und Aspekte der deutschen Landwirtschaft seit 1945“ und „Der Weg zur Einheit der deutschen Landwirtschaft“ werden namhafte Vertreter der Agrarwirtschaft aus dem Westen und aus dem Osten referieren. In 17 Arbeitsgemeinschaften werden über alle Gebiete der Land- und Forstwirtschaft Einzelberatungen stattfinden.

### „Brüder laßt Euer Zaudern“

In seinen Ausführungen vor dem gesamtdeutschen Arbeitskreis erklärte Minister Dr. Dr. Gereke:

„Es ist mir eine aufrichtige Freude feststellen zu können, daß ein hoffentlich erfolgreicher Versuch gemacht wird zur Wahrung des gesamtdeutschen Gedankens. Mein Erscheinen soll der Beweis sein, daß es im Westen eine große Zahl Menschen gibt, die sich rückhaltlos zu Gesamtdeutschland bekennen.“

Nachdem Dr. Dr. Gereke seinen Befürchtungen, das manchmal der Eindruck entstehen kann, als wenn sich die deutschen Menschen durch die „unselige Zonengrenze“ doch schon stark auseinandergeliebt hätten, Ausdruck verliehen hatte, erklärt er abschließend: „Es muß die Aufgabe mutiger Menschen sein, auf ihren Gebieten praktische Beispiele gesamtdeutscher Arbeit zu geben. Lassen Sie uns immer daran denken, daß das Gemeinsame in den Vordergrund gehört. Wir müssen dahin kommen, daß man nicht nur redet von der deutschen Einheit, sondern daß man auch dafür eintritt. Und dann noch eins: Bonn kann nie das Endgültige sein, es bleibt immer nur eine Episode, die hoffentlich bald ihr Ende finden wird. „Nur Berlin“, so rief der Minister unter großem Beifall der Anwesenden aus, „kann und wird die Hauptstadt Deutschlands sein.“

Bemerkenswerte Aufschlüsse über das Echo, das die Schierker Konferenz gefunden hatte, gaben die Berichte von Dr. habil. Christaller und Dr. Schmelzer. Dr. Christaller stellte heraus, daß in Verfolg dieser ersten Konferenz, Landeskonferenzen in Nordrhein-Westfalen und Bayern stattfinden werden. Auf Kreisbesprechungen in Hessen will man ebenfalls die Möglichkeiten zur Erörterung sachlicher Fragen auf einer gesamtdeutschen Ebene beraten. Harry Schmelzer, der von der Seite des Ostens über die Ergebnisse der Beschlüsse von Schierke aus der Deutschen Demokratischen Republik referierte, konnte mit Freuden berichten, daß trotz verschiedener Schwierigkeiten die Gedanken der fachlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft einen breiten Wiederhall gefunden habe. Besonders die Landjugend hat sehr stark auf diesen Aufruf reagiert und zum Ausdruck gebracht, daß sie alles tun werde, um die Gedanken zu realisieren.

Mit dem Wort von Thomas Münzer: „Brüder, laßt Euer Zaudern, der Sommer steht vor der Tür“, schloß Schmelzer seine Ausführungen.

Landwirt Ludwig Iven aus Oberem, Bezirk Köln, erklärte: „Vergessen wir trotz aller Schwierigkeiten nicht, daß Deutschland unser gemeinsames Vaterland ist. Ich betone ausdrücklich, daß ich dies vom fachlichen Standpunkt betrachte. Ihr politisches Glaubensbekenntnis ist mir gleichgültig. Für mich ist nur die Lösung unserer aller Sorgen das Entscheidende.“

Diese Worte wurden unterstrichen durch Oekonomierat Vielhauer, der neben Professor Mitscherlich die markanteste Persönlichkeit der Sitzung des Arbeitskreises war. Vielhauer führte aus: „Ich werde das tun, was ich für richtig halte, selbst dann, wenn meine Meinung nicht mit der der Obrigkeit konform geht. Ich bin davon überzeugt, daß sich unsere Sache, eben weil sie eine gute ist, durchsetzen wird.“

Der Sitz des Sekretariats des Arbeitskreises in Berlin soll mehr als nur eine praktische Bedeutung haben. Symbolisch soll dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bauern und Wissenschaftler der Meinung sind, daß ihre Fragen nur auf einer, nämlich gesamtdeutscher Ebene, gelöst werden können.“ Dieser Gedanke war auch beherrschend bei der Festlegung der Themen, sowie der Wahl der Referenten für die am 18. bis 20. Mai in Eisenach stattfindenden gesamtdeutschen Konferenz.

In der Erkenntnis, daß der einheitliche Gedanke der deutschen Land- und Forstwirtschaft schon im neuen, paritätisch zusammengesetzten Sekretariat zum Ausdruck kommen muß, wurde das bereits in Schierke gewählte Sekretariat einstimmig bestätigt. Den Vorsitz in diesem Sekretariat haben Professor Dr. Mitscherlich und Oekonomierat Vielhauer inne. Heute wurde beschlossen, Landessekretariate zu schaffen, die auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse arbeiten sollen.

Mit seinem „Aufwiedersehen in Eisenach“, schloß Oekonomierat Vielhauer die Tagung, die bewies, daß es möglich ist, gesamtdeutsche Probleme auch auf gesamtdeutscher Basis zu behandeln und einer Lösung näherzubringen.

### Schützt die Bienen

Wenn der Frühling seine Blütenpracht entfaltet, werden die Bienen wieder von Blüte zu Blüte fliegen, nicht nur um Honig zu sammeln, sondern auch um die Blüten zu befruchten. Die Bienen sind, was oft übersehen wird, durch die Pflanzenschutzmittel zur Bekämpfung schädlicher Insekten stark gefährdet. Deshalb bestehen gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, die u. a. vorschreiben, daß es zum Schutz der Bienen verboten ist blühende Obstbäume und -sträucher sowie andere blühende Kulturpflanzen mit insektenabtötenden Pflanzenschutzmitteln zu behandeln. Besteht in Ausnahmefällen die Notwendigkeit dazu, so darf dies nur außerhalb der Hauptflugzeit der Bienen durchgeführt werden. Muß eine Behandlung während der Hauptflugzeit der Bienen vorgenommen werden, so sind die Eigentümer der in einem Umkreis von zwei Kilometern befindlichen Bienstöcke mindestens 24 Stunden vorher davon zu verständigen. Die Anwendung von arsenhaltigen Mitteln ist bei Obstbäumen kurz vor und während der Blüte der zu behandelnden Bäume verboten.

Vor Anwendung insektenabtötender Pflanzenschutzmittel müssen blühende Unkräuter aus Feldbeständen oder unter Obstbäumen und Sträuchern entfernt werden. Besteht in Ausnahmefällen die Notwendigkeit der Behandlung von Feldbeständen mit blühenden Unkräutern oder von Obstbäumen und -sträuchern mit darunter stehenden blühenden Unkräutern, so gilt dasselbe, was oben bei den Obstbäumen und gärtnerischen Kulturpflanzen gesagt ist. Obstbäume und -sträucher sowie andere Kulturpflanzen, die in einem Abstand von bis zu 30 Meter von Bienständen und Bienentränken stehen dürfen auch vor und nach der Blüte nur außerhalb der Hauptflugzeit nach rechtzeitiger Verständigung der Eigentümer der benachbarten Bienstöcke mit insektenabtötenden Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Diese Vorschriften gelten u. a. nicht für die Behandlung von Reb- und Kartoffeln sowie bei amtlichen wissenschaftlichen Forschungen und Versuchen. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften kann eine Bestrafung nach sich ziehen.

Standpunkt betrachte. Ihr politisches Glaubensbekenntnis ist mir gleichgültig. Für mich ist nur die Lösung unserer aller Sorgen das Entscheidende.“

Diese Worte wurden unterstrichen durch Oekonomierat Vielhauer, der neben Professor Mitscherlich die markanteste Persönlichkeit der Sitzung des Arbeitskreises war. Vielhauer führte aus: „Ich werde das tun, was ich für richtig halte, selbst dann, wenn meine Meinung nicht mit der der Obrigkeit konform geht. Ich bin davon überzeugt, daß sich unsere Sache, eben weil sie eine gute ist, durchsetzen wird.“

Der Sitz des Sekretariats des Arbeitskreises in Berlin soll mehr als nur eine praktische Bedeutung haben. Symbolisch soll dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bauern und Wissenschaftler der Meinung sind, daß ihre Fragen nur auf einer, nämlich gesamtdeutscher Ebene, gelöst werden können.“ Dieser Gedanke war auch beherrschend bei der Festlegung der Themen, sowie der Wahl der Referenten für die am 18. bis 20. Mai in Eisenach stattfindenden gesamtdeutschen Konferenz.

In der Erkenntnis, daß der einheitliche Gedanke der deutschen Land- und Forstwirtschaft schon im neuen, paritätisch zusammengesetzten Sekretariat zum Ausdruck kommen muß, wurde das bereits in Schierke gewählte Sekretariat einstimmig bestätigt. Den Vorsitz in diesem Sekretariat haben Professor Dr. Mitscherlich und Oekonomierat Vielhauer inne. Heute wurde beschlossen, Landessekretariate zu schaffen, die auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse arbeiten sollen.

Mit seinem „Aufwiedersehen in Eisenach“, schloß Oekonomierat Vielhauer die Tagung, die bewies, daß es möglich ist, gesamtdeutsche Probleme auch auf gesamtdeutscher Basis zu behandeln und einer Lösung näherzubringen.

Herzog tritt nach Barthel hauptsächlich dort auf, wo die Schweinemast einseitig betrieben wird, mit viel Kartoffeln und Molkeabfällen. Er empfiehlt in diesem Falle als Vorbeuge gegen Herzotz-Beifütterung von Kernen, Mohrrüben, Spinat, grünen Salat, Grünkohl, Weizenkleie und gelbem Mais.

Gegen die geplante Einfuhr holländischer Küken wandte sich der Landesverband der Wirtschaftsgelügelzüchter Weser-Ems. Diese Einfuhr würde zwangsläufig zur Stilllegung zahlreicher Brutereien führen. Wie man aus Bonn dazu erfährt, beabsichtigt die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft nicht gegen diese Einfuhr etwas zu unternehmen. Es wird weiter erklärt, daß man höchstens nicht untersuchen und nicht mit Attesten ausgestattete Tiere auf Grund des Seuchengesetzes zurückweisen könne.

Gegen die geplante Einfuhr holländischer Küken wandte sich der Landesverband der Wirtschaftsgelügelzüchter Weser-Ems. Diese Einfuhr würde zwangsläufig zur Stilllegung zahlreicher Brutereien führen. Wie man aus Bonn dazu erfährt, beabsichtigt die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft nicht gegen diese Einfuhr etwas zu unternehmen. Es wird weiter erklärt, daß man höchstens nicht untersuchen und nicht mit Attesten ausgestattete Tiere auf Grund des Seuchengesetzes zurückweisen könne.

### Ein Jahr MAS

Als vor einem Jahr in der Deutschen Demokratischen Republik die Maschinenausleihstationen gebildet wurden, glaubten viele Bauern nicht so recht an eine erfolgreiche Arbeit derselben. Aber ein Jahr Arbeit hat hier eine entscheidende Bresche erzielt und die Bauern in der DDR vom Gegenteil überzeugt. Heute stellt der größte Teil der Bauern die Frage, ob die MAS in diesem Jahr auch in der Lage sein wird, gerade ihren eigenen Acker rechtzeitig zu bestellen.

Die MAS, ihre Arbeiter und Traktoristen, haben in vielen Wettbewerben des vergangenen Jahres gezeigt, wie man die Arbeitsleistung und die Produktivität der Arbeit verbessern kann. Vorbildliches auf diesem Gebiet leistete der Traktorist Bruno Kiesler, von der MAS Kötke in Sachsen-Anhalt. Die zentrale Leitung der MAS hat jetzt ein Material herausgebracht, in dem in übersichtlichen Tabellen und Bildern gezeigt wird, wie Kiesler es fertig brachte, mit einem sowjetischen Traktor seine tägliche Norm laufend zu erhöhen.

Das Geheimnis seines Erfolges ist nicht wildes Draulosarbeiten, sondern richtiges Planen und Durchdenken der Arbeit. Möglich sind derartige Erfolge allerdings nur dort, wo die gesellschaftliche Grundlage der Arbeit geändert wurde. Nur dort kann eine andere Einstellung des einzelnen zur Arbeit, ein neues Arbeitsethos entstehen.

### MAS sind einsatzbereit

Auf der zentralen Arbeitstagung der Maschinenausleihstationen in der DDR teilte der Leiter der Zentralverwaltung der MAS mit, daß gegenwärtig 516 Maschinenausleihstationen, 74 Maschinenausleihwerkstätten, 7 Spezialwerkstätten, 5 Landmaschinenhöfe, sowie 9 Lehraufstellungen und Schulen bestehen.

In Wirtschaften bis zu 5 ha wurden 129 000 ha und in Wirtschaften bis zu 10 ha rund 470 000 ha Land von den MAS bearbeitet und insgesamt über 1,5 Millionen t Getreide von ihnen gedroschen. Für die Frühjahrseinstellung sind mehr als 6700 Traktoren einsatzbereit.

### Weizenüberproduktion in den USA ruiniert die kleinen Farmer

Die Zeitung „New York Times“ weist in ihrer Ausgabe vom 5. März darauf hin, daß ein Ueberschuß an Weizen zu erwarten ist. Um die Weizenpreise zu halten, so meint die Zeitung, müßten die Investitionen zur Stützung der Weizenpreise von einer Milliarde auf eineinhalb Milliarden erhöht werden. Der amerikanische Weizenexport, der jetzt schon ungenügend sei, würde schlagartig zurückgehen, wenn die Regierung die Unterstützungsaktionen einstellte. Wer Geld in Wirklichkeit erhält, darüber unterrichtet uns diese bürgerliche Zeitung ebenfalls. Sie schreibt:

„Seit der Weizen von den großen mechanisierten Farmen billiger angeboten wurde, hat die Regierungspolitik die Entwicklung von Großfarmen begünstigt. Infolge dieser Maßnahme sind die kleinen Farmer fast verschwunden. Als Resultat ist festzustellen, daß die vom Steuerzahler getragenen Fonds zur Stützung der Weizenpreise zum größten Teil in die Taschen der Großfarmer fließen, von denen viele ein jährliches Einkommen von 100 000 und mehr Dollar haben.“

### Schwarzwildschaden nimmt überhand

Der durch Schwarzwild entstandene Schaden in Westdeutschland wird für das Jahr 1949 auf 22,5 Millionen DM geschätzt. Nach dem Ernährungsausschuß in Bonn vorliegenden Unterlagen kann mit einem Schwarzwildbestand in Westdeutschland von mindestens 78 900 Stück gerechnet werden. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 14 Millionen Hektar ergibt sich ein Wildschaden von 1,61 DM je Hektar.

Bemerkenswerte Aufschlüsse über das Echo, das die Schierker Konferenz gefunden hatte, gaben die Berichte von Dr. habil. Christaller und Dr. Schmelzer. Dr. Christaller stellte heraus, daß in Verfolg dieser ersten Konferenz, Landeskonferenzen in Nordrhein-Westfalen und Bayern stattfinden werden. Auf Kreisbesprechungen in Hessen will man ebenfalls die Möglichkeiten zur Erörterung sachlicher Fragen auf einer gesamtdeutschen Ebene beraten. Harry Schmelzer, der von der Seite des Ostens über die Ergebnisse der Beschlüsse von Schierke aus der Deutschen Demokratischen Republik referierte, konnte mit Freuden berichten, daß trotz verschiedener Schwierigkeiten die Gedanken der fachlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft einen breiten Wiederhall gefunden habe. Besonders die Landjugend hat sehr stark auf diesen Aufruf reagiert und zum Ausdruck gebracht, daß sie alles tun werde, um die Gedanken zu realisieren.

### Neue Getreidesorten in der UdSSR

Frostfreier Weizen bringt 35 dz pro Hektar

Auf den Kollektivwirtschaften der Ukrainischen Sowjetrepublik kommen in diesem Frühjahr neue ertragreiche Getreidesorten zur Aussaat, die in der staatlichen Selektionsstation in Charkow gezüchtet wurden. Nach langen Kreuzungsversuchen ist eine Sommerweizenart mit besonders großen Ähren gezogen worden, die widerstandsfähig gegen Trockenheit und Schädlingsbefall ist. Ihr Ernteertrag ist um sieben bis acht dz pro Hektar höher als bei gewöhnlichen Sorten. Der doppelte Ernteertrag wurde mit 41 dz pro Hektar bei einer neuen Erbsenart erzielt, die große Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und Pilzerkrankungen zeigt.

Außerdem ist besonders früh reifender Mais durch Kreuzung zweier Sorten gezüchtet worden. Dieses Hybrid reift einige Tage früher als gewöhnliche Sorten und ist deshalb zum Anbau in den nördlichen Gebieten der Ukraine geeignet. Im Vergleich zu anderen Sorten bringt dieser Mais einen neun bis zehn dz höheren Ertrag pro Hektar hervor.

Eine neue Sorte Winterweizen, die im Herbst 1949 erstmalig auf großen Flächen angebaut wurde, bringt durchschnittlich Erträge von 35 Doppelzentnern pro Hektar. Es ist frostfest und besitzt gute Backeigenschaften.

### Aufzucht lebensfähiger Küken

Viele Hühnerhalter sind der Auffassung, die ersten zehn Tage seien bei Küken die kritischsten. Diese Auffassung ist irrig, die entscheidende Zeit kommt erst später, wenn die Küken der künstlichen Wärme entzogen werden sollen. Der erste Fehler wird gewöhnlich gemacht, wenn man den Tieren zu plötzlich die Wärme entzieht. Dann drängen sie sich zusammen und es kann passieren, daß die Zahl der erdrückten und ersticken Küken beträchtlich ist.

Es ist zweckmäßiger, wenn man sich bei dem Wärmeentzug nicht nur nach dem Alter der Küken richtet, sondern auch nach der Witterung. Grundsatz ist: Frühbruten brauchen länger Wärme als Spätbruten. Die Jungtiere müssen bevor die Heizquelle entfernt wird, gelernt haben, auf die Sitzstange aufzufliegen. Am zweckmäßigsten bringt man dazu die Stangen anfangs alle gleich hoch kurz über dem Boden an, man kann sie z. B. auf Ziegelsteinen legen. Haben sich die Jungtiere an die Stange gewöhnt, ist die Gefahr des Erdrücktwerdens nicht mehr groß. Jetzt gilt es, die Tiere zu robusten, widerstandsfähigen Hennen zu entwickeln. Das ist jedoch nur mit der beweglichen Junghennenaufzucht möglich, d. h. die Junghennen müssen auf frischem Gelände aufgezogen werden.

Um zu verhindern, daß die Küken Kot picken, werden sie auf Drahtgeflecht gehalten, auf das man auch den Futtrörg stellt. So kann das Futter, das zu Boden fällt und schimmelig wird, nicht von den Tieren aufgepickt werden. Man reicht jeweils nur soviel Futter, wie die Tiere fressen können. Vom achten Tag ab erhalten die Küken bereits Grünfutter, dazu gibt man je vier bis fünf Küken eine Messerspitze voll Nahrung. Die Einstreu für die Küken besteht am besten aus 1 cm Sand und 2 cm Häcksel.

Frühbrutküken läßt man gewöhnlich erst hinaus, wenn es draußen warm und sonnig

ist. Spätbrutküken läßt man dagegen oft schon am fünften Tag ins Freie. Dabei besteht die Gefahr, daß die Tiere sich verlaufen und Wiesel oder Ratten zum Opfer fallen. Man gibt den Tieren zweckmäßig reichlich Grünfutter und öffnet bei schönem Wetter die Fenster weit, damit die Tiere die Sonne genießen können. Erst wenn sie älter sind und draußen der Boden nicht mehr kalt und feucht ist, sollte man die Tiere ins Freie lassen.

### Herzotz der Schweine geklärt?

Der sogenannte Herzotz der Schweine hat schon große Opfer gekostet. Viel ist hier über geschrieben worden, und es existieren eine ganze Anzahl von Vermutungen, worauf diese Krankheit zurückzuführen sei, jedoch wollte keine bisher so recht befriedigen. Jetzt aber ist eine neue Arbeit in den „Monatsheften für Veterinärmedizin“

### Wenn Obstbäume Wasserschossen treiben

Der beobachtende Obstzüchter wird erkennen, daß der Obstbaum auf Eingriffe oder Veränderungen der natürlichen Verhältnisse reagiert, und zwar in manchen Fällen durch Treiben von Wasserschossen. Zu diesen Eingriffen gehört der Schnitt. Wo Aeste entfernt werden, da wird das Gleichgewicht gestört. Die Folge davon ist das Treiben von Wasserschossen. Aber nicht nur der Schnitt reizt zu diesem Austrieb, auch eine Veränderung in den Ernährungsverhältnissen zeigt die gleiche Wirkung. Bäume, die im Rasen stehen und keine Lochnägel erhalten treten vielfach in den Hungerzustand. Der Holztrieb wird ganz eingestellt, die Früchte bleiben klein, meist nur haselnußgroß. Als der Rasen versuchsweise unter solchen Bäumen umgegraben wurde und das Land Stallmist und Jauche erhielt, entwickelten sich ein freudiger Holztrieb. Wasserreiser entstanden hierbei an vielen Aesten. Die Obstbäume lebten wieder auf. Sie verjüngten sich selbst ohne Rückschnitt und trugen wieder normale Früchte.

Lücke im Aufbau des Gerüsts festgestellt werden kann. In den meisten Fällen dienen uns die Wasserschosse entweder zur Ergänzung und Erneuerung der Krone und der Fruchtäste. Hierzu werden besonders die Schosse geeignet sein, die sich an den seitlichen Kronenästen befinden. Diese Wasserschosse werden, wo gebraucht, je nach Länge und Stärke auf vier bis acht Augen zurückgeschnitten und möglichst in die Lücke oder, wo ein alter Ast ersetzt werden soll, heruntergebunden. Später kann der alte Ast, vom Stamm aus gesehen, hinter dem Wasserschoß abgesägt werden. Damit der junge Ast eine vorchriftsmäßige Entwicklung tätigt, muß die Triebspitze immer etwas nach oben gerichtet sein. In dieser Weise werden einige Triebe Verwendung finden. Andere können zur Fruchtholzgerüstung an den älteren Aesten dienen, und das besonders dann, wenn sie nicht senkrecht, sondern mehr seitlich erscheinen. Durch Rückschnitt um die Hälfte, später noch schärfer, läßt sich vorzügliches Tragolz erziehen. Dagegen ist zu empfehlen, die an dem Mittelstamm entstehenden und senkrecht aufstrebenden Wasserschosse auf Astrienz zu entfernen.

starken Rückschnitt ins alte Holz verjüngt. Die nun treibenden Wasserschosse bieten ein Astmaterial, aus dem bald eine neue Krone aufgebaut wird. Man lasse es nicht erst zu diesem radikalen Rückschnitt kommen, sondern baue im Laufe der Zeit mit Hilfe der Wasserschosse die Baumkrone um. Und zwar beginne man damit, sobald Aeste Tragmündigkeit erkennen lassen.

Und die verpflanzten älteren Bäume! Durch den radikalen Rückschnitt gleichen sie nach dem Anurzeln wahren Wuschelköpfe. Hier muß gleich in den Jahren nach dem Austrieb das Auslichten beginnen. Die am besten stehenden und stärksten Schosse werden zum Aufbau der Krone verwendet. Unter keinen Umständen schneidet man die anderen Schosse in einem Jahre. Dieses Auslichten wird, nachdem die Wasserschosse zurückgeschnitten worden sind, auf mehrere Jahre verteilt. Schon im dritten und vierten Jahre ist eine Krone entstanden, deren Aeste sich so gekräftigt haben, daß sie für die Zukunft reiche Ernte versprechen.

Wasserschosse sind also keine krankhafte Erscheinung, sondern in ihnen liegt ein natürlicher Trieb, das Leben zu erhalten und die Kraft der Tragbarkeit zu erneuern.

Die Lagerung erfolgt am besten in Säcken, die an einem trockenen, luftigen Platz aufgehängt werden. Die Samen sind nicht frostempfindlich.

### Da lacht der Bauer

Tante Thea kommt in die große Stadt. Ihre Reisetasche schleppend, verläßt sie den Bahnhof. Ihr zu Häupten donnert ein Flugzeug. Gen Himmel starrend überquerte Tante Thea die Straße, wird von einem Gaul gestreift zwingt eine Elektrische so hart zum Bremsen, daß ein ausweichendes Taxi mühsam den Zusammenprall mit 2 Radfahrern vermeidet, gerät um Haarsbreite unter einen Anhänger trippelt weiter, immer den Blick stier nach oben gerichtet, treibt einem Bierkutscher den Angschweiß aus den Poren, verursacht die Karambolage eines Möbelwagens mit einem Motorrad, wird von einem Polizisten auf den Bürgersteig geführt, bedankt sich nebenhin und sagt mißbilligend; indem sie steil aufwärts zeigt: „Nein, diese jungen Leute, ihr Leben so leichtsinnig aufs Spiel zu setzen!“

Kürzlich wurde ein amerikanischer Geistlicher gefragt, ob er auch für seine Staatslenker bete. „Nein“, erwiderte er, „die sehe ich mir bloß an, dann bete ich für das Volk.“

# Das Haus ohne Skandale

Eine Erzählung aus dem alten Ungarn — Von Bela Zsolt

Der ungarische Schriftsteller und Journalist Bela Zsolt, der im Juli 1919 53jährig starb, leitete die sozialistische Wochenschrift „Haladás“ (Fortschritt). In der folgenden Novelle gibt er eine satirische Darstellung des ungarischen Kleinbürgertums, das unter Horthy seine letzte Blüte erlebte.

In der vierstöckigen Mietkaserne, Muranyi-Straße Nr. 143, wohnten Handwerker, Gewerbefreibende, Arbeiter und einige Untermieter, die in den benachbarten Kolonialwaren-, Textil- und Grünkramläden angestellt waren. Alles einfache und seriöse Leute gereiften Alters, die sich um nichts anderes kümmerten als um ihre eigenen Angelegenheiten.

In der zweiten Etage lebte in einer Dreizimmerwohnung eine 40jährige Frau mit rotgefärbten Haaren. Alle Welt wußte, daß sie seit fünfzehn Jahren die Geliebte eines Anwalts aus der City war, der allabendlich nach seinem Dämmerchoppen in dem gleichen Flaker zu ihr zu kommen pflegte. Häufig übernachtete er bei ihr, und dann stand Margarita schon um sieben Uhr morgens auf dem Korridor und brühte Kaffee auf. Wenn der Kessel summt, steckte ihre Nachbarin, Frau Kandos, den Kopf aus der Küchentür und erkundigte sich in liebenswürdig-vertraulichem Ton:

„Ist der Herr Advokat schon aufgestanden?“

„Der? Der schläft noch mit geballten Fäusten. Ich muß ihn eine halbe Stunde rütteln, bevor er wach wird.“

„Mein Mann wollte ihn in einer Steuer-sache um Rat bitten. Aber das hat Zeit.“

Und wer die beiden Frauen im Flur sah, hätte nicht erraten können, wer die ausgehaltene Maitresse und wer die respektable Bürgerin war. Beide waren ungekämmt, trugen schmutzige, zerdrückte Schlafrocke, und ihre ausgestreuten Pantoffeln enthielten mit dem gleichen Mangel an Anmut ihre roten Füße.

Nein, die ausgehaltene Margarita war wirklich keine aufregende Erscheinung. Und das Außergewöhnliche des Hauses Nr. 143 war nicht in ihrem langjährigen Konkubinats mit dem Advokaten zu suchen. Das Außergewöhnliche lag in der Tatsache, daß in Budapest, wo jedes Haus seine eigene Skandalchronik besitzt, dieses Haus eine vollkommen ereignislose Atmosphäre ausstrahlte.

Dann kam der Krieg 1914/18. Aus dem Hause wurde kein Mann eingezogen, so daß auch diese Jahre trotz der wachsenden Teuerung friedlich vergingen. Die Revolution, die Straßenkämpfe bewirkten, daß man jetzt statt um halb zehn Uhr schon um acht Uhr zu Bett ging.

Langsam wuchsen die Kinder heran. Die kleine Toncsi Kandos wurde schon fünfzehn. Ihre Brust und ihre Hüften begannen sich zu runden, ihre mageren Beine wurden immer länger. Zusammen mit den Nachbarkindern versteckte sie sich gerne in Haussecken, wo man zuerst kicherte und sich dann in ernste Gespräche vertiefte. Toncsi wußte alles. Voller Wissendurst las sie täglich die Zeitung von Anfang bis zu Ende und berichtete den anderen Kindern alle Sensationen.

Schon seit längerer Zeit hatte Margarita scheelen Blickes Toncisis Entwicklung verfolgt. Die knospende Weiblichkeit des Mädchens brachte sie täglich mehr in Harnisch. Margarita wußte, daß nur die kleinbürgerliche Moral ihre illegale Lebensweise beschützte und hielt es deshalb für ihre Pflicht, sich auf diesem Gebiet besonders hervorzutun. Sie versäumte keine Gelegenheit, um Frau Kandos die Augen zu öffnen:

„Warum ziehen Sie Toncisis keine längeren Kleider an? Man sieht ja fast schon ihre Oberschenkel!“

Frau Kandos betrachtete ihre Tochter kritisch. Ihre Mutteraugen sahen aber nur unschuldsvolle Blicke und reizende Wangengrübchen.

Als Margarita dem um das Wohl seiner Familie besorgten Herrn Kandos einmal

dasselbe sagte, wurde Toncisis Rock um zwei Finger breit verlängert. Das Mädchen blieb schmolldend drei Tage lang zu Hause, weil sie Margarita den Triumph nicht gönnen wollte.

Am vierten Tage marschierte Toncsi hocherhobenen Hauptes direkt vor Margaritas Küchentür. Sie war verschlossen. Jahrelang war das nicht geschehen. Verreist konnte Margarita nicht sein: ihre einzigen Verwandten lebten in Amerika. Wenn sie, was häufig vorkam, spazieren ging, ließ sie die Tür offen.

Toncisi lief die Treppe hinab und teilte der ältesten Tochter des Schusters diese sensationelle Neuigkeit mit: „Du weißt, daß solche Frauen schließlich immer ermordet werden. Kürzlich hat man eine an ihrer Gardinienschürze erhängt aufgefunden.“

„Wer hat sie umgebracht?“

„Ein Mann natürlich!“

„Ein Advokat?“

„Du bist ja doof. Glaubst du, diese Frauen werden nur von einem einzigen Mann besucht?“

Die Schustertochter war entsetzt. Toncsi überlegte: „Heute morgen habe ich einen Unbekannten im Hause gesehen.“

Sie beobachtete die Tür bis zum Abend, aber sie öffnete sich nicht. Beim Abendessen sagte Toncsi es ihrem Vater.

„Na und?“ fragte er.

„Sie bittet uns immer, auf die Tür zu achten, wenn sie fortgeht“, bestätigte Frau Kandos. „Sie muß also zu Hause sein.“

Herr Kandos war sichtlich beeindruckt. Er erhob sich: „Ich werde nachsehen.“

Alle drei begaben sich zu der verschlossenen Tür. Herr Kandos klopfte. Keine Antwort. Er trommelte mit beiden Fäusten gegen das Holz. „Machen Sie auf! Oder können Sie nicht? Ist Ihnen etwas passiert?“

Der Lärm lockte die übrigen Mieter aus den Wohnungen: „Was ist denn hier los?“

„Margarita muß etwas passiert sein.“

Alle Mieter versammelten sich vor der verschlossenen Tür und klopfen und riefen abwechselnd. Drinnen blieb alles still. Da flüsterte Toncsi der Schustersfrau zu:

„Heute morgen hab ich im Treppenhause einen Unbekannten gesehen.“

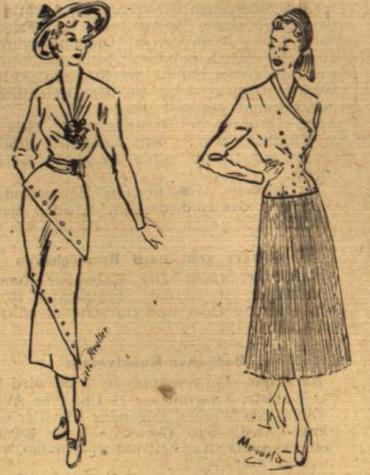
„Hören Sie, was das Kind sagt“, schrie die Schustersfrau. „Welch ein entsetzliches Unglück!“

Nach einem Augenblick war das Haus in hellem Aufruhr. Die Portierfrau wurde alarmiert und versuchte brummend, ein Schlüssel ihres umfangreichen Schlüsselverkes in die Tür zu stecken. Da legte sich der Verkäufer vom Hutladen, der die Gesetze kannte, ins Mittel: „Das ist Hausfriedensbruch! Sie müssen die Polizei holen.“ Allgemeine Zustimmung. Eine Viertelstunde verging in nervenaufreißendem Warten. Die Gesichter röteten sich, die Augen funkelten.

Die Polizei war noch nicht erschienen, als plötzlich hinter ihnen eine heiserne Stimme ertönte: „Was ist mit meiner Tür los? Was machen Sie da?“

Alle schwiegen. Darauf waren sie nicht vorbereitet. Eine lebendige Margarita, die ihnen in den Rücken fiel! Panikartig verschwanden sie, gejagt von Enttäuschung.

# Frühjahrs-Modenschau



Winzige Blumen, Veilchen, Schneeglöckchen und Primeln, gucken jetzt wieder aus den Fenstern der Blumenläden. Wer freut sich ihrer nicht? Können sie doch mit ihrem Erscheinen den Frühling an. Mit seinem Einzug verschwinden für viele wenigstens einige Alltagsorgen. Die Tage werden länger und damit die Lichtrechnung ein wenig niedriger. Es wird wärmer und es brauchen nicht mehr so viel teure Kohlen verbraucht zu werden. Leichtere Kleider kann man bald wieder tragen, die viel billiger sind und die man oft mit einfachen Mitteln selbst herstellen kann.

Was heutzutage ebenfalls zu einem Frühjahrsanfang gehört, sind die vielen Modenschauen von Industrie und Handwerk, die um diese Zeit mit ihren neuesten Modellen und Kollektionen an die Öffentlichkeit treten. Ueberrascht ist man in diesem Frühling wohl kaum. Hat sich doch — vernünftigerweise — kaum viel geändert. Daß der New Look mit seinen überlangen und weiten Röcken gänzlich verschwunden ist, war uns bereits in der Herbstsaison nichts Neues mehr. Nach wie vor ist der glatte Rock mit Drapierungen, eingesenzen und lose überfallenden Falteenteilen seitlich, rückwärts oder in der Vorderpartie dominierend. Daneben behauptet sich die Plissee- oder die Faltenmode. Lediglich der New Look, schon damals vielen ein Dorn im Auge, ist verpönt.

Damit ist nun nicht gesagt, daß nun jede Frau ihr vielleicht „schwer erkämpftes“ New-look-Kleid nicht mehr tragen könnte. So dumm werden wir wohl nicht sein. Man wird einfach ein wenig ändern und um einige Zentimeter kürzen.

Das sogenannte Sonnenkleid, wie man das weitausgeschnittene Kleid mit kleinem Jackchen oder Bolero nennt, feiert auch in diesem Jahr wieder Triumphe, das heißt, wenn der Sommer schön und warm wird.

Unsere Zeichnung zeigt zwei der neuesten Modelle. Das erste Kleid, betont asymmetrisch, hat ein glattes, zum seitlich gezogenen Ausschnitt etwas gerafftes Oberteil, mit einer hübschen Blume oder Agraffe verziert. Sehr originell wirken die schräg um den Rock gehenden Knopfleisten.

Bei dem zweiten Modell wird über einem Plisseeock ein sehr schlicht gearbeitetes Jackchen getragen, das mit zwei Reihen Goldknöpfen verziert ist. Die Knöpfe werden den unteren Rand der Jacke weitergeführt. Unter der Jacke kann je nach Bedarf eine Sonnenbluse oder aber eine sportliche getragene werden.

## An alle Hörer und Freunde des Deutschlandsenders

Wir weisen daraufhin, daß diejenigen Hörer, die den Deutschlandsender auf Kurzwelle 41,96 und 49,06 nicht empfangen, über den Sender Leipzig die beliebte und bekannte Sendung des Deutschlandsenders „Wir sprechen für Westdeutschland“ um 22.45 Uhr hören können.

Der Sender Leipzig sendet auf Mittelwelle 287 Meter 1043 khz (auf der Skala in der Nähe von Rennes). Berlin sendet auf 383,1 Meter 782 khz und 191,1 Meter, 1570 khz.

## Die Zündkerzen

Er hat eben den Führerschein erhalten. Sie sitzt zum erstenmal neben ihm im Auto. Er fachsimpelt, sie hört ändächtig zu. Auf einmal geht's nicht weiter. Er drückt auf sämtliche Knöpfe, tritt Fußhebel. — Vergeblich! Da meint sie: „Wahrscheinlich hat der Wind die Kerzen ausgeblasen!“

Dieter, der Medizinstudent in Göttingen, sagt zu einem befreundeten älteren Arzt: „Gott sei Dank, daß ich nun alle Prüfungen hinter mir habe. Es ist gräßlich, was ich in der letzten Zeit arbeiten mußte!“ Der Arzt lächelt: „Nun, lieber Kollege dafür werden Sie jetzt lange, lange nichts zu tun haben.“

In Bayern herrscht zur Zeit eine Falschgeld-Haare. Das Land wird mit falschen Geldscheinen aller Werte überschwemmt.

Nun fahren zwei von Marburg nach München. Einer will wissen: „Sind wir schon über die bayerische Grenze?“

Der andere meint: „So genau kenne ich mich in der Gegend hier auch nicht aus. Aber sehen Sie mal in Ihrer Brieftasche nach. Wenn Sie unter den Scheinen falsche finden, dann sind wir schon in Bayern.“

# Reise in das Land „der großen Freiheit“ Von Stephan Hermlin

Ich hatte zusammen mit meinem Freund am Friedrichstraße-Bahnhof in Berlin den „Fliegenden Hamburger“ bestiegen. Am Bahnhof Zoo nahmen vier, sehr gut gekleidete, wohlgepflegte und gutgenährte Herren in unserem Abteil Platz. Es waren sogenannte „intelligente Herren“. Der eine von ihnen schien ein Musikbegeisterter zu sein. Während der Reise von Berlin bis zur Zonengrenze wurde nur sehr wenig gesprochen. Es wurden nur einige der üblichen abfälligen Bemerkungen gemacht.

Unser Zug war ein ausgezeichnet eingerichteter Luxuszug. Der Zugführer kam während der Fahrt herein und begrüßte uns einzeln. Die „Herren“ warfen sich Blicke zu, und einer bemerkte:

„Ja, sie schmieren uns mal wieder Honig ums Maul.“

Mein Freund und ich saßen stumm und lasen.

Dann kam die Zonengrenze. Die Volkspolizei trat ein, überzeugte sich von den Pässen, war höflich, nett und fragte lediglich nach den Papieren. Um die „Herren“, die sämtlich Zeitungen wie „Der Tagesspiegel“ und die „Neue Zeitung“ vor sich liegen hatten, kümmerte sich kein Polizist besonders. Niemand nahm Notiz von ihrem Lesesoff.

Die Reise ging weiter. Die Westpolizei kam herein. Mein Freund der mir gegenüber saß, las in meinem letzten Buch (einem Band Erzählungen). Ich hatte es ihm geliehen. Jetzt kommt ein Westpolizist an uns heran, kontrolliert die Pässe und fragt: „Haben Sie auch keine ostzonale Presse bei sich, keine Zeitungen, Bücher usw?“ Alles brummt: „Nein.“ Er wirft einen Blick auf meinen Freund. Ihm fällt mein Buch in die Hand. Er blättert darin und sagt: „Das ist aber ostzonal.“ Ich sagte daraufhin: „En-

schuldigen Sie, das Buch gehört mir; ich bin dafür verantwortlich. Ich bin der Autor. Ich habe doch hoffentlich das Recht, ein Exemplar meines eigenen Buches mit mir herumzuführen?“

Nun — die vier Herren sehen fassungslos vor sich hin. Der eine Herr, der mir gegenüber saß und besonders eifrig zuhörte, der Musikbegeisterte, bemerkte: „Ja, ist das überhaupt möglich, wir sind doch im Land der Freiheit!“ Ich sagte daraufhin: „Ja, Herr bei uns haben wir die russische Freiheit, hier aber herrscht die amerikanische.“

Nun fragte mich der Polizist mit strengem Blick: „Ist auch keine Tendenz in diesem Buch?“ „Nicht, daß ich wüßte.“ Er ging hinaus.

Jetzt ging ein Gespräch los. Die Herren waren sehr betreten, versuchten zu retten, was zu retten war. Die westliche Demokratie stand ihnen im Gesicht geschrieben, und sie sagten: „Aber das hat es doch noch nie gegeben!“

„Doch, doch, das gibt es. Bei uns — in der Deutschen Demokratischen Republik — können Sie alle Bücher kaufen. Aber sehen Sie, ich habe erst vor ein paar Tagen wieder erfahren, daß in Essen Bücher von Anna Seghers, von mir, und Werke des Marxismus beschlagnahmt worden sind.“

Daraufhin sagte einer der Herren (sie versuchten immer noch etwas zu finden um ihre Demokratie zu retten): „Das ist nur die Frage des Dumpings.“

„Ich bin nur Schriftsteller, ich verstehe nichts von Politik, in der von „Dumping“ die Rede ist. Politisch ist das; ja, das ist es gerade, was ich feststellen möchte. Das geht auf Metternich zurück, meine ich. Diesen Metternich-Charakter trägt die „Zone der Freiheit““

Die Herren waren sehr betreten und ganz befangen.

Plötzlich, die „Herren“ waren schon mit dem Anziehen ihrer Mäntel beschäftigt, kam einer noch auf das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin zu sprechen. Er sagte kopfschüttelnd und tief geknickt: „Ja, wissen Sie, das mit dem Pfingsttreffen in Berlin, das wird was geben.“

Damit fuhren wir in Hamburg ein und man verließ sich.

wissen davon nichts, denn die Zeitungen, die die Interessen von Privatpersonen verteidigen (das heißt der Elektrotaste), lehnen es ab, die Angaben des Staates über die Ausgaben für den Bau und die Einnahmen des Elektrowerkes zu veröffentlichen.

Privates Gas! Private Wasserleitungen! Private Straßen! Ich fuhr von Jackson nach Louisiana; die die beiden Staaten miteinander verbindet, befindet sich im Besitz einer Privatfirma, und wir mußten für das Befahren dieser Brücke anderthalb Dollar bezahlen. Die Amerikaner seufzen und zahlen und sagen dann stolz: „Für mich ist sich auch unser Staat nicht in unsere privaten Angelegenheiten.“

Und doch tut der Staat — in Person einzelner Staaten — anscheinend nicht anderes, als sich ausschließlich in das Privatleben seiner Bürger einzumischen. Die Polizei in Newyork darf nachts in jedes Hotelzimmer eindringen, und wenn sie ein Pärchen findet, die Heiratsurkunde verlangen. Im Frühjahr dieses Jahres passierte in dem Hotel, in dem ich einige Tage wohnte, ein amüsantes Fall: Zwei Verliebte wurden zur Polizei gebracht, weil sie keine Heiratsurkunde besaßen. Dann aber stellte es sich heraus, daß sie doch verheiratet waren, und sie reichten gegen den Hotelbesitzer eine Beleidigungsklage ein. Um eine schnelle Trauung zu vollziehen, braucht man nur von Tennessee nach Alabama zu fahren. An der Grenze dieses Staates Alabama sah ich überall einladende Aufforderungen: „Kommen Sie! Ich traue schnell und billig!“ — „Blitztrauung für vier Dollar!“ In Newyork ist es schwer, sich scheiden zu lassen — man muß sich dafür Zeugen mieten, die die Taschen ehelicher Untreue beweisen und außerdem ihren guten Namen durch die Gerichtsschleppen lassen müssen. Aber man kann sich auch nach dem Staat Nevada begeben — dort wird man sehr schnell geschieden, und es ist auch verhältnismäßig nicht teuer. Die Städte dieses Staates sind reich geworden! Aus ganz Amerika kommen die „leidgeprüften Touristen“ hierher, und in den Hotels kann man kaum ein Zimmer bekommen, so daß die eine Scheidung beantragenden Ehepaare, die die schon einige Jahre getrennt gelebt haben, sich zum Abschied in einem gemeinsamen Zimmer einmieten müssen.

In vielen Staaten gibt es Trocken- oder

Halbtrocken-Gesetze. Im Staate Mississippi ist der Verkauf von Wein verboten, und die Einwohner dieses Staates, die den Wunsch haben ihre Kehle zu ölen, fahren an die Grenze des Staates Louisiana. Ich habe dort sehr viele Trinklokale gesehen, und eines von ihnen trug das ausdrucksvolle Schild „Zur letzten Chance“. In Washington darf man nur im Sitzen trinken — aber nicht im Stehen. Ich saß im Speisewagen und trank Whisky. Plötzlich kam der Kellner zu mir, nahm mir mein Glas weg und sagte: „Wir befinden uns jetzt auf dem Territorium eines „trockenen Staates“. In zwei Stunden werden wir ihn wieder verlassen, und dann wird wieder Whisky ausgeschenkt.“

Die Einmischung des Staates betrifft aber nicht nur Herz oder Magen, sondern auch die Hirne. Ich besuchte die Universität des Staates Tennessee, und die Professoren dort erzählten mir, daß die Gesetze dieses Staates es verbieten, in den Schulen die Entwicklungstheorie zu lehren — die Biologen müssen sich also an das Mythos von Adam und Eva halten. Das also ist ihre Freiheit! Der Staat mischt sich nicht ein, wenn ein Trübsal Mensch ausraubt, aber der Staat wacht scharf darüber, was die Menschen trinken, was sie küssen, und was sie denken.

## XII

Die Geschichte der Vereinigten Staaten greift nicht in ferne Jahrhunderte zurück, ihre Geschichte ist eine wirklich neue Geschichte; die Menschen dieses Staates kennen nur aktuelle Fragen. Zwischen der Morgen- und der Abendzeitung liegt für den Durchschnittsamerikaner fast eine ganze Epoche, und nicht immer erinnert er sich am Abend daran, was ihm am frühen Morgen noch ereigt hatte. Eine Dame sagte einmal zu mir: „Lesen Sie diesen Roman nicht — er ist doch keine Neuerscheinung, denn er ist schon vor zwei Jahren erschienen.“

Ein Europäer hat in Amerika immer das Empfinden, als ob etwas fehlt... aber was fehlt denn in diesem reichen Lande? Es fehlt eine Vergangenheit, es fehlen die alten Steine, die man in Europa so oft gar nicht bemerkt, die aber helfen zu denken und zu leben. Es ist natürlich, daß die Amerikaner die wenigen Denkmäler ihrer Vergangenheit mit Liebe und Pietät umgeben, sei es

Mensch der Welt sei. Er ist der Meinung, daß der Staat kein Recht hat, sich in das Leben der Bürger einzumischen, und aus diesem Grunde ist er ein leidenschaftlicher Anhänger der privaten Initiative. Ich spreche gar nicht erst das Wort „Kommunist“ aus, denn schon allein das Wort „Sozialist“ bringt den Durchschnittsamerikaner in Aufregung. Vor kurzem hatte ein Amerikaner irgendeinen anderen wegen Beleidigung verklagt — der Beleidiger hatte den Beleidigten einen Sozialisten genannt. Der Kläger hat den Prozeß gewonnen, und der „Beleidiger“ wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die größten Elektrizitätswerke gehören Privatpersonen, und jedes Projekt einer Nationalisierung oder einer Munizipalisierung wird als ein Anschlag auf die Freiheit des Durchschnittsamerikaners angesehen, auch wenn dieser Durchschnittsamerikaner an diese Privatfirma das Dreifache des Elektrizitätspreises zahlen muß.

Ich besichtigte den Riesenbau im Tal von Tennessee. Der verstorbene Präsident Roosevelt führte in sieben Südstaaten die Elektrifizierung durch, und doch griffen ihn die Zeitungen an und sagten, daß der Steuerzahler derartige „verrückte Projekte“ nicht bezahlen werde. Und heute arbeitet dieses Elektrizitätswerk; das Lebensniveau der Bevölkerung ist beachtlich gestiegen, aber die Zeitungen brummen auch heute noch, und mit ihnen brummen die naiven Leser: „Für das also gab man unser Geld.“ Das Zentralwerk im Tale von Tennessee bringt dem Staat Einnahmen, aber die Steuerzahler



## 5. Fortsetzung

Ein junger Mann ladet ein Mädchen zum Kinobesuch ein, er begleitet sie nach Hause, und vor ihrer Haustür spricht sie stets die eingelernte Formel: „Jetzt dürfen Sie mich küssen... und auf Wiedersehen.“

Einmal sagte ein Amerikaner zu mir: „Wir haben eine puritanische Moral, aber sie wird gelindert durch Überfluß an Whisky.“ Und tatsächlich, in Amerika wird sehr viel getrunken; es wird getrunken, um die Hemmungen zu überwinden. Wenn die Jugend zusammenkommt, gib es nach ein, zwei Stunden viele Betrunkene, zuerst die — Mädchen

Die Zeitungen werden hauptsächlich gekauft wegen irgendwelcher dummer Geschichten, die als „Bunte Bilder“ wiedergegeben werden. Zwei Millionen Menschen sehen sich Tag für Tag auf dem Broadway die „Trick-Reklame“ an, die aus elektrischen Glühbirnen zusammengestellt ist: irgendeiner schlägt irgendeinen anderen — und die Menschen lachen. Oder es wird ein Geldstück in den Schlitz eines mechanischen Orakels gesteckt, das Glück im Beruf oder Kummer in der Liebe voraussagt. Aus der Ferne betrachtet, erscheinen die Menschen heiter, aber wenn man näher an sie herantritt, spricht aus ihnen Müdigkeit und Schwermut — die schwere, rauchige, verschwitzte Schwermut Amerikas.

## XI

Ein Durchschnittsamerikaner in einer Durchschnittsstadt Amerikas wird mit Überzeugung davon sprechen, daß er der freieste

Aus Berghausen

Nachdem die neue Leichenhalle der Be- nützung übergeben ist, wurde die Ausarbeitung einer neuen Bestattungs- und Fried- hofsordnung erforderlich. Dieselbe wurde nunmehr vom Gemeinderat beauftragt und wenn die Genehmigung der Staatsaufsichts- behörde vorliegt, wird sie der Öffentlich- keit bekannt gegeben werden.

Das Abführen des Brennholzes für Schule und Rathaus wurde dem Landwirt Albert Geiger auf Grund seines Angebotes über- tragen. Verschiedene Gesuche um Herabminde- rung der Gemeindeabgaben wurden ver- abschiedet.

Stahlberger geht nach Bremerhaven

Karlsruhe. (Iwb) Der Kalsruher Tenor Stahlberger ist an das Stadttheater Bre- merhaven für Oper und Operette verpflich- tet worden.

Badischer Kunstverein

Karlsruhe. Am Sonntag, 26. 3. 50 wird in der Waldstr. 3 vormittags 11 Uhr eine Aus- stellung von Werken folgender Künstler er- öffnet: Archipenko, Gerhard Marks, Ewald Mataré, Artur Graf und Müller-Landau.

Ein Wüstling

Karlsruhe. Seit längerer Zeit trieb in der Südweststadt ein Mann sein Unwesen; der durch unzüchtige Handlungen öffent- liches Aergeris erregte und auch sechs- bis elfjährige Kinder an sich lockte, um sie zu solchen zu verleiten. Er konnte jetzt in der Person eines Schuhmachers festgenommen werden.

Keine Hand für Rüstungsarbeit!

werden, dem acht solche Fälle nachgewiesen wurden, während er bei eingehenden Ver- nehmungen weitere 14 Fälle eingestand, die bisher nicht zur Anzeige gebracht worden waren.

Wir fordern Vorauszahlungen auf den Lastenausgleich

Vom Bund der Fliegergeschädigten und Sparer, Ortsgruppe Pforzheim, wird uns ge- schrieben:

Gegenwärtig ist das Problem des Lasten- ausgleichs in den Brennpunkt des politi- schen und wirtschaftlichen Geschehens der westlichen Zonen gerückt. Bei einer der letzten Bundestagsitzungen haben Politiker der verschiedensten Parteien gefordert, daß in aller Kürze der Lastenausgleich erfolgen müsse. Bundesfinanzminister Schäffer hat neulich in Düsseldorf zum Ausdruck ge- bracht, daß das Gesetz über den Lastenaus- gleich dieses Jahr noch erlassen werde; wenn auch seine persönliche Ansicht zu Be- denken Anlaß geben könnte.

Es wurde schon oft vom Zentralverband der Fliegergeschädigten nachgewiesen, daß der Lastenausgleich die Wirtschaft nicht stört, sondern befruchtet und die Ausge- bombten und Heimatvertriebenen haben kein Verständnis mehr dafür, wenn die Sache bewußt noch weiter hinausgezogen wird.

Fünf Jahre der Geduld sind wahrlich eine lange Zeit und man muß sich über- haupt wundern, daß die Geschädigten bis- her alles so ruhig hingenommen haben. Da an sich keine unsinnigen Forderungen ge- stellt werden, hätte man erwarten dürfen, daß weitgehendst Entgegenkommen gezeigt wird. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Getäuscht dürften sich die verantwort- lichen Stellen haben, daß die Verzögerungs- taktik ein Mittel wäre, die Geschädigten zu veranlassen, ihre Forderungen aufzugeben. So liegen die Dinge nicht: Die Grenze des Abwartens ist erreicht. In der gesamten Westzone geht eine Bewegung durch die Geschädigten. In Protestversammlungen, Kundgebungen wird mit allem Nachdruck, Beschleunigung des Ausgleichs verlangt.

Vor allen Dingen werden bis zur end- gültigen Regelung des Lastenausgleichs so- fortige Vorausleistungen gefordert. Um nur einige Beispiele zu nennen:

1. bei ihrer Verwendung für Bauzwecke die Höhe des Einheitswertes des Gebäude- schadens oder Verlustes;

2. bei einer Verwendung zu Errichtung ge- werblicher Betriebe 30 Proz. des glaub- haft gemachten Mobiliarschadens;

3. bei Rentenverpflichtungen, die ihrem Zweck nach der Sozialversicherung äh- nlich sind, den Reichsmarkwert;

4. bei Sparguthaben und Lebensversiche- rungen 30 Proz. nach dem Stand vom 1. 1. 40 unter tunlicher Vermeidung von Härten.

Daneben ist der Ausbau des Soforthilfe- gesetzes dringend nötig. Die Rentenrech- nung auf die Unterhaltshilfe muß ver- schwunden. Die Wertanrechnung von Trüm- mergrundstücken hat in jedem Falle zu unterbleiben, um die Wiederaufbaumöglich- keit für die Einzelnen zu sichern.

Die Hausratshilfe muß in verstärktem Maße weiterlaufen. Steuerermäßigungen sind im weitgehendsten Maße zu gewäh- ren. Von der Soforthilfeabgabe ist ein schwer Geschädigter zu befreien. Was aber zunächst mit das Wichtigste ist: der Staat als Schuldner hat den erlittenen Schaden 100prozentig anzuerkennen und zwar schnellstens. Die Geschädigten, als Gläu- biger, haben ein Recht, ein derartiges Verlangen zu stellen.

Regierung und Politiker haben etwa nicht das Recht, sich hinter Verboten der Besat- zungsmacht zu verschansen, sondern sie ha- ben die Pflicht, die besondere Notlage der Geschädigten herauszuschälen und die In- teressen dieser 20-Millionschicht so zu vertreten, daß geholfen werden kann. Seit fünf Jahren wird das Problem des Lasten- ausgleichs als Machtfrage behandelt. Gut, die Geschädigten geben jetzt die Antwort und handeln im gleichen Sinne: Der Zu- sammenschluß aller Geschädigten bedeutet eine ungeheure Macht und sie ist in der Lage die berechtigten Forderungen durch- zusetzen.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Mannheim Friedrichsfeld, Samstag, 25. 3. 1950, 20 Uhr im „Hirsch“ Funktionärsitzung.

Die vorgesehene Betriebsarbeiterkonfe- renz am Samstag, 25. 3. fällt aus technischen Gründen aus.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe Schulungstag für den Landkreis Karlsruhe. Am Sonntag, 26. 3. 50, findet für nach- folgende Ortsgruppen ein Schulungstag über das Thema: „Die ideologisch-politische Fest- stigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“ statt. Beginn jeweils vorm. 9 Uhr.

In Kleinsteinbach: für Kleinstein- bach und Söllingen im Rathausaal. Schul.-L.: E. Weingärtner.

In Wössingen: für Wössingen und Grötzingen in der „Linde“. Schul.-L.: J. Schlimmer.

In Linkenheim: für Linkenheim Liedolsheim und Rußheim in der „Krone“. Schul.-L.: E. Kaiser.

In Neureut: für Neureut und Eggen- stein in der „Krone“. Schul.-L.: H. Kelar.

In Forchheim: für Forchheim und Mörsch im „Schwanen“. Schul.-L.: F. Heid.

In Ettlingen: für Ettlingen, Grün- wettersbach, Langensteinbach und Malsch im „Engel“. Schul.-L.: A. Betz.

In Bretten: für Bretten und Stütz- punkte im „Lamm“. Schul.-L.: F. Häfele.

Sitzung der Pol- und Org.-Leiter der Stadtteile. Montag, 27. 3. 50, 17 Uhr im Parteibüro.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg Heidelberg-Kirchheim, Montag, 27. 3. 50, 20 Uhr im „Adler“ Stadtfunktionärsitzung. Um vollzähliges Erscheinen wird ge- beten.

Radfahrer-Verkehrsbestimmungen beachten! Heidelberg. Der Radfahrverkehr hat in- folge der wärmeren Jahreszeit in erheb- lichem Maße zugenommen. Dabei muß aber auch festgelegt werden, daß sich die Rad- fahrer zumeist um die Verkehrsbestimmun- gen nur wenig kümmern, wodurch schon in kurzer Zeit zahlreiche Verkehrsunfälle ver- ursacht wurden. Hierher gehören vor allem als Unfallursache die Nichtbeachtung des Halteverbotsschildes an den Einmündungen in der Hauptverkehrsstraßen, die Nichtbe- achtung der durch die Verkehrsposten bei der Verkehrsregelung gegebenen Zeichen und Weisungen, das Nichtanzeigen der Fahrtrichtungsänderung und anderer.

In den frühen Morgenstunden des 21. März fuhr eine 23 Jahre alte Hausgehilfin aus Heidelberg mit ihrem Fahrrad in süd- licher Richtung durch die Rohrbacherstraße. An der Einmündung der Bahnhofstraße be- achtete sie das ihr vom Verkehrsposten ge- gebene Haltezeichen nicht und fuhr auf der Rohrbacherstraße weiter. Dadurch prallte sie gegen einen Lastkraftwagen, der gerade aus der Bahnhofstraße in die Rohrbacher- straße einbiegen wollte. Durch eigenes Ver- schulden und Nichtbeachten des Verkehrs- zeichens wurde so das Fahrrad beschädigt und die Radfahrerin erlitt eine Prellung.

Der Unfall hätte schlimmere Folgen haben können und lehrt, daß auch der Radfahrer sich an die Verkehrsbestimmungen zu hal- ten hat.

Achtung! Kommunalkonferenz!

für das Arbeitsgebiet Schwetzingen am Sonntag, den 26. März 1950, nachmit- tags 15 Uhr, im Lokal „Mayerhof“ in Schwetzingen.

Thema: 1. Die Auswirkungen der Marshall- planpolitik auf die Etats der Ge- meinden. 2. Unsere Tätigkeit in den Gemeinde- parlamenten.

Alle Vorsitzenden, Org.-Leiter, Gemeinderäte sowie die Genossen aus den Kommunalen Ausschüssen der Ortsgrup- pen des Arbeitsgebietes Schwetzingen neh- men daran teil.

KPD-Kreisvorstand Mannheim

Termine der FDJ

Öffentliche Versammlung in Forchheim. Samstag, 25. März 1950, 19.30 Uhr, im „Schwanen“.

Thema: „Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin.“ Ein Vertreter der FDJ wird sprechen.

Karlsruhe. Sonntag, 26. 3. 50, vorm. 10 Uhr, im „Auerbahn“ Funktionärsitzung der FDJ.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Ein- sendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Nochmals zum Artikel „Freier-Samstag-Nachmittag“

In einer Zuschrift, die das Volksecho am 18. März veröffentlicht hat, schildert eine Verkäuferin in einer Metzgerei in Heidel- berg ihren schweren Arbeitstag am Samst- agen. Aus diesem Eingesandten geht ja her- vor, daß der Samstag-Nachmittag der un- geeignete Tag zum Schließen ist. Der Mittwoch-Nachmittag wäre m. E. viel geeigneter, den an diesem Tag, mag es ein Geschäft sein wie es will, ist der Geschäfts- mann nicht so in Anspruch genommen, wie am Samstagen.

Meiner Ansicht nach müssen die Ge- schäftsleute mehr Rücksicht auf den Be- rufstätigen nehmen, den es ist nicht jedermann in der Lage, im Sommer für seine Lebensmittel einen Kühlschrank sein Eigen zu nennen.

Unter den heutigen Verhältnissen bin ich gezwungen, als 72jährige Frau, von früh 8 Uhr bis zum Ladenschluß in meinem Laden zu stehen. Die Erfahrung lehrt mich im- mer wieder, daß nur der Mittwoch-Nachmit- tag der geeignete Tag für die Geschäftsleute zum Schließen ist.

Ich war in meiner Jugend 1897, 98 und 99 in England, damals hatte schon der englische Arbeiter seinen freien Samstag-Nachmittag und der Einzelhandel am Mittwoch-Nach- mittag erkämpft. Sicher wurde das auch gut durchgedacht, daß es besser für den Werk- tätigen am Samstag und für den Einzelhan- del am Mittwoch ist. So käme jeder zu sei- nem Recht.

M. E. - Mannheim-Rheinau

Nach Sprung in den Rhein ein Kind geboren Karlsruhe. (Iwb) Am Mittwoch mittag stürzte sich eine 32jährige Frau aus der Umgebung von Karlsruhe in den Karlsru- her Rheinhafen. Hafenarbeiter konnten die Frau vor dem Ertrinken retten. Eine Stunde später gebar die Gerettete in einem Karlsru- her Krankenhaus einen Jungen. Mutter und Kind sind wohl; das Motiv zu dem Selbstmordversuch der Frau ist nicht be- kannt.

Nun wird es ernst für Mannheim

Die Vorentscheidung zwischen Mannheim und Frankfurt-Offenbach ist fällig

Die Wochen vor Ostern sind für die Aus- sichten der beiden Mannheimer Oberliga- vereine auf eine Plazierung für die deut- sche Fußball-Meisterschaft von großer, viel- leicht gar entscheidender Bedeutung. Der VfR hat während dieser Zeit drei seiner schwersten Spiele auf gegnerischem Platz hintereinander auszutragen und das ist selbst für eine an Kampfgeist und Kondi- tion so hervorragende Mannschaft, wie es der VfR ist, des Guten etwas zu viel. So vermochte der VfR auch nur im ersten die- ser drei Spiele, im Lokaltreffen auf dem Waldhofplatz, wenigstens einen Teilerfolg zu buchen, der aber ein Abgleiten vom zweiten auf den dritten Platz nicht ver- hindern konnte. In Frankfurt blieb die be- rühmte Niederlage nicht aus und ihre Folge war ein weiteres Absinken des VfR auf den 4. Platz. Und nun folgt am kom- menden Sonntag die nächste, vielleicht schwerste Hürde in Offenbach.

Deutscher Meister gegen Süddeutscher Meister

Nur einmal hat der VfR die Offenbacher in den letzten Jahren schlagen können, das war in der Zwischenrunde um die deut- sche Meisterschaft. Diesmal trifft der VfR auf einen Gegner, der zwar seinen Meister- titel nicht mehr festhalten kann aber dafür

wenigstens wieder bei der deutschen Mei- sterschaft mitmachen will. Die Offenbacher sind in dieser Spielzeit erst spät auf Tou- ren gekommen, aber dafür sind sie gerade jetzt in der entscheidenden Phase in Hoch- form und die Hintermannschaft des VfR müßte schon in einer Ueberform sein, wenn der deutsche Meister ungeschlagen vom Bieberer Berg zurückkommen will. Viel- leicht würde sich auch eine Umgruppie- rung im VfR-Sturm empfehlen. Die wichti- gen Außenstürmerposten sind zu schwach besetzt und das ist gegen eine so starke Abwehr wie die Offenbacher nicht günstig.

Waldhof vor seinem schwersten Heimspiel

Der Zufall hat es gewollt, daß der FSV Frankfurt nach seinem Sieg über den VfR am vergangenen Sonntag nun bereits an diesem Sonntag in Waldhof antreten muß. Auch die Frankfurter haben in den letzten Wochen in einem kraftvollen End- spurt mächtig aufgeholt. Sie sind in Hoch- form und sie können sich nach dem Sieg über den VfR noch große Hoffnungen auf den 2. oder 3. Platz machen. Diese Hoffnung könnte fast zur Gewißheit werden durch einen Sieg oder wenigstens ein Remis in Waldhof. Durch ihre Siege in Augsburg, Mühlburg, München und das Remis in Nürnberg haben die Bornheimer bewiesen, daß sie auch auf fremden Plätzen gefähr- lich sind. In Fürth, Offenbach, in Mann- heim beim VfR unterlagen sie nur mit ei-

nem Tor Unterschied. Der FSV Frankfurt gehört zu den Mannschaften der süddeut- schen Oberliga, die dank ihres großen Könnens und ihrer vorsichtigen Taktik sehr schwer zu schlagen sind. Waldhof vermochte in Frankfurt ein Remis 1:1 zu erzwingen — aber damals war Lipponer dabei! Sein Fehlen wird sich gerade im Spiel mit die- sem Gegner am meisten bemerkbar ma- chen. Trotzdem sollte Waldhof sein Heil nicht in der Defensive suchen und die Mannschaft so stehen lassen. Vielleicht wäre, um Schuchardt das Konzept zu ver- derben, ein Platzwechsel zwischen Fanz und Siegel zu erwägen. Die Frankfurter haben eine schwache Stelle im Tor und das ist die Gewinnchance für Waldhofs Sturm. Sollte der VfR am Samstag verlieren, dann kämpft Waldhof für Mannheims letzte Chance sowohl für sich selbst als auch für den VfR.

Landesliga Nordbaden

Nach seinem Sieg über Durlach kann der VfL Neckarau mit größerer Zuversicht nach Pforzheim zu seinem schwersten Kampf fahren, denn selbst im Falle einer Nieder- lage wäre seine Tabellenführung noch nicht gefährdet. Die Pforzheimer brauchen die Punkte dringender für die Sicherung des zweiten Platzes und mehr als remis wird für den VfL auch im günstigsten Fall nicht herauspringen. Auch in den anderen Spie- len Brötzingen — VfR Pforzheim, Durlach — Eutingen, Rohrbach — Phönix Karlsruhe, Mosbach — Hockenheim und Friedrichsfeld — Feudenheim sind Siege der Platzvereine zu erwarten.

ARBEITSVERGEBUNG Der Abbruch der im Jahre 1945 von der Besatzungsmacht erstellten Behelfsbrücke über den Rhein zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist im Auftrag des Bundesverkehrs- ministeriums durch die Stadt Mannheim im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Das gesamte Abbruchmaterial (2 R-Brücken von je 54 m Länge, 475 t schwere Träger, 100 Stück Stahlrohre Ø 270 und 410 mm, 10-18 m lang, 140 t Spundwände, 350 fm Rundholz, 680 cbm Schnittholz) ist vom Auftragnehmer zu übernehmen und wird gegen die Abbruchkosten aufgerechnet. Angebotsunterlagen werden beim Städt. Tiefbauamt Mann- heim, U 2, 6, Zimmer 32, gegen eine Gebühr von 5.- DM abgegeben. Eröffnungstermin: 16. Mai 1950, 11 Uhr beim Städt. Tief- bauamt Mannheim, U 2, 6, Zimmer 31. Städt. Tiefbauamt.

Sorgt für Ihre Augen BOON DIPL. OPTIKER Mannheim, O 6, 9 Universitätsstraße neben Pechorbräu Rosen aus Holstein sind widerstandsfähig Sort. Reklamekollektion B 19 St. 7,50 Edelrosen, Güte A 19 St. 9,50 Polyanthosen, neue Sort. 1 St. 1,50 Kleisterrosen, Frachtrosen 1 St. 1,50 Christrosen, Schneerosen 1 St. 0,90 Frühlingsrosen, Frachtrosen 1 St. 0,90 Edelgärdien, Frachtrosen 19 St. 1,50 Nachn.-Vers. Auf Wunsch Reklamable, Illustr. Gartenkatalog auf Wunsch. Horstmann & Co., Großgärtner, Elmshorn (Holstein), B 106

AN unsere INSERENTEN! Der überwiegende Teil, der während der Nazi- zeit zu Unrecht Inhaftierten, sowie Tausende derjenigen die eine „Soforthilfe“ erhalten, sind Leser unserer Zeitung Sie werden als Anspruchsberechtigte der Wie- dergutmachung bei ihren Einkäufen sorgfältig prüfen, welchem Kaufmann sie ihr Vertrauen schenken. Selbstverständlich werden dabei in erster Linie unsere Inserenten berücksichtigt.

ETAGEN- Angebote Damen-Garnitur 5.25 Herren-Sporthemd 6.50 Herren-Arbeitsmäntel 9.50 Damen-Arbeitsmäntel 9.50 Operationsmäntel 9.50 Kellner-Jacken 9.- 6.75 Arbeits-Anzug 15.95, 14.85 13.00 Unser Sonder-Angebot! Manchester-Hosen 16.95 Herren-Hosen in bester Verarbeitung mit Rundbund und Umschlag, gute Woll-Garqualitäten Frühjahrs-Dessins und dunklere Straßenhosen 19.45, 17.45, 15.95 Webwaren ETAGE! H 1, 8 · Breite Straße · H 1, 8 Im Hause Schuh-Fritz DIE ETAGE, DEREN BESUCH SICH IMMER LOHNT

ALSTER Sonderzyklus kultureller Film- veranstaltungen (Filmarbeitsgemeinschaft Mannheimer Abendakademie) ROBERT FLAHERTY der Schöpfer der Kulturfilm „Nanu- k der Eskimo“ und „Eisfenster- boy“ kommt nach MANNHEIM und spricht am Sonntag, 26. März, vorm. 10.30 Uhr zur Aufführung seines preisge- krönten neuesten Filmwerkes Louisiana Legende Ein „echter“ Abenteuer-Film aus dem Sumpfland des Mississippi Ermäßigte Sonderpreise: DM 1.- 1.50 2.-

Zurück! Dr. A. REUBER, Ärztin Elisabethstr. 1 (Wasserturm) Telefon 44946 Privat- u. Kassenpraxis

UHREN-OPTIK Karl Zimmer MANNHEIM am Talersoll

Verdienst für Jedermann durch Verkauf zu konkurrenz- lichen Preisen. Näheres u. 20 Muster erhalten Sie geg. Einzahlung v. 4.50 DM auf Postscheckkonto. 3099 Karlsru- Findling, (17a) Ettlingen 62.

Klaviers neu und gespielt, Höherer Akkordeon Streich- und Zupfinstrumente Teilzlig Musik - Arnold, G 4, 13.

FILM THEATER Des Schöpfers der Micky-Maus-Zeichen-Trick-Filme WALT DISNEY Farbfilm-Wunder Schneewittchen und die sieben Zwerge Beginn: 14.00 - 16.00 - 18.15 - 20.30 Uhr am Samstag 22.30 Uhr Spätvorstellung WALT DISNEYS bezauberndes Farbfilmwunder Schneewittchen u. die sieben Zwerge Ein Film, den niemand verlässt! Er begeisterte Millionen von Kinobesuchern in aller Welt! Beginn: 14.00 - 16.30 - 19.00 und 21.00 Uhr Freitag bis Montag in Erstaufführung! Mord in Ekstase Ein ungewöhnlich spannender Kriminalfilm mit Ronald Colman und Signe Hasso Beginn: 16. 18.15, 20.30, sonntags ab 14 Uhr Ein Lustspiel voller Witz und reizender Einfälle Die drei Dortheiligen mit Joe Stoeckel, Brepo Brehm, Willy Reichert, G. Reismüller Beginn: 9.50, 11.25, 13.30, 15.35, 17.40, 20 Uhr Nur im Palast: Im Befrag zeigen wir das Fußballspiel BAYERN - SÜDWEST um den Bundespokal in Stuttgart am 19. März 1950 Heute bis einschließlich Donnerstag 22 Uhr Spätvorstellung Lumpaci-Vagabundus nach dem bekannten Bühnenstück von Nestroy mit Paul Hörbiger, H. Rühmann, H. Holt, Hilde Kralh u. a.

Zirkulin Knoblauch-Perlen bei Schwindelanfällen BERGMANN-MAHLAND

Berücksichtigt unsere Inserenten